

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dreieckschrift
Tageblatt Riesa.
Sachen Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestimzte Blatt.

Poststedtort:
Dresden 1580.
Straße:
Riesa Nr. 52.

N 209.

Dienstag, 6. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonne und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbegruß 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsunterbrechungen, Erhöhung der Währung und Materialpreise belahnt wie uns das Recht der Preissteigerung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorau zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; Zeitrauhender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Aktiengesellschaft Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsbetriebs — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft.

Für 2,2 Milliarden Steuergutscheine. — 50 Millionen für Haus-Reparaturen.
Ermächtigung zum Umbau der Sozialversicherung.

ndz. Berlin. Am Montag erschien im Reichsgesetzblatt die seit langem angekündigte Notverordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft. Sie trägt das Datum vom Sonntag, den 4. September und umfasst vier Hauptteile, mit folgenden Überschriften: Entlastung der Wirtschaft, Sozialpolitische Maßnahmen, Kreditpolitische Maßnahmen und Sonstige finanzpolitische Maßnahmen. Vor der deutschen Presse erläuterten am Montag abend die für den Inhalt der Verordnung in erster Linie verantwortlichen Reichsminister, nämlich Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk, Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold und Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer, das umfangreiche Geschiebungsmaß, das den Zweck hat, die deutsche Wirtschaft zunächst über den bevorstehenden Krisenwinter hinwegzubringen und vor allem die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern.

Die Steuer-Gutscheine.

Die Steuer-Gutscheine, von denen in der Öffentlichkeit schon soviel die Rede war, werden, wie der Reichsfinanzminister darlegt, bei allen Zahlungen auf die Umlauf-, Gewerbes- und Grundsteuer zu je 40 Prozent des Steuerbeitrages, bei der Befreiungssteuer, die fast nur von der Reichsbahn gezahlt wird, in voller Höhe ausgegeben, zusammen in einem Betrage von rund 1500 Millionen Mark. Dazu tritt der Betrag an Steuer-Gutscheinen, der für die Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern eingelegt wird und der 100 Mark für jeden zusätzlichen Arbeitnehmer vierjährlich beträgt; man rechnet damit, dass diese Steuer-Gutscheine im Gesamtbetrag von etwa 700 Millionen für das ganze Jahr ausgegeben werden. Der Finanzminister fügt hinzu, er würde sich freuen, wenn dieser Betrag voll ausgenutzt werden würde, weil dann der Arbeitsmarkt eine wesentliche Entlastung finde.

Dieses System bedeutet, dass dem Reiche von den insgesamt 6-7 Milliarden jährlicher Steuern vom Jahre 1931 ab 300-450 Millionen nicht mehr in bar, sondern in der Form von Steuergutscheinen zuliegen. Der Reichsfinanzminister glaubt das nicht nur verantworten zu können, sondern sogar verantworten zu müssen gerade in einer Zeit, in der die öffentlichen Staats durch Mehrbelastung bedroht sind. Die Sanierung der Staats der öffentlichen Hand kann nach seiner Aussicht nicht mehr auf dem Wege gehen, auf dem es bisher immer versucht worden ist, nämlich auf dem Wege neuer Steuern oder der Erhöhung von Steuern oder auf dem Wege der Drosselung von Ausgaben, denn dadurch würde nur der Schrumpfungsprozess in der Wirtschaft weiter geführt, der nach ein paar Monaten der laufenden Erleichterung zu weiter sinkenden Steuer-Einnahmen, steigenden Ausgaben für die Arbeitslosen führe, die Sanierung könne nur auf dem Wege vor sich gehen, dass die Produktion belebt, dadurch die Ausgaben für die Arbeitslosen gesenkt und die laufenden Steuereinnahmen erhöht würden. Daher also der jetzt eingeschlagene Weg zu einer Belebung der Wirtschaft, so sei das auch die sicherste Grundlage für die Haushalt 1933-1934, in denen die Steuergutscheine einzusetzen werden müssen. Um übrigen werden die Gutscheine verzinst, sie werden in Stufen zu fünfzig, hundert, zweihundert, tausend Mark und auch in höheren Abschnitten ausgegeben und erhalten fünf Kupon, von denen in jedem der genannten Fälligkeitsjahren je einer abgeschnitten wird. Wenn ein Steuerpflichtiger Anspruch auf ein kleineres Stück als fünfzig Mark hat, so werden solche Scheine auch zu zehn und zwanzig Mark ausgegeben werden, aber dann erst am 30. September 1933.

In den Ausführungen bestimmen werden noch Maßnahmen zu Gunsten dieser kleinen Steuerzahler vorgenommen. Die Steuer-Gutscheine sollen zum Börsenhandel zugelassen und bei den Banken verhandlungsfähig gemacht werden. Die Regierung hofft, dass die Wirtschaft auf diesem Wege die Gutscheine tatsächlich als Unterlage für eine Vermehrung der Produktion verwenden und dass dies zusammen mit dem Anreiz zur Mehrbeschäftigung, der in den Tarifvertrags-Entlastungen liegt, und mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zu einer wirklichen Belebung führen wird. Die Gutscheine können übrigens als Sicherheit für rückläufige Steuern des laufenden Jahres von den Finanzämtern eingeschlagen werden; darüber werden noch Ausführungsbestimmungen ergehen.

Instandsetzung von Wohnungen.

Da für die Haushaltssteuer ihrer ganzen Natur nach Steueranrechnungsscheine nicht gegeben werden können, so hat die Regierung sich entschlossen, dem Baumarkt auf andere Weise zu helfen. Sie hat sich in der Notverordnung die Ermächtigung geben lassen, bis zu 50 Millionen Mark für Instandsetzungsarbeiten an Wohnungen auszugeben, wenn gleichzeitig vom Hausbesitzer ein um ein Mehrfaches höherer Betrag zur Verfügung gestellt wird.

Sonstige Steuererleichterungen.

Die neue Notverordnung bringt eine Herabsetzung der Steuerzugangsabfälle, die bisher anderthalb Prozent für den halben Monat betragen, auf ein Prozent. Ferner soll künftig die Besteuerung von Milch nicht mehr umsteuerpflichtig sein.

Die neue Bürgersteuer.

Der vierte Teil der Notverordnung vom 4. September beschäftigt sich mit "sonstigen finanzpolitischen Maßnahmen". Die wichtigsten davon sind folgende: Durch die Juni-Notverordnung war denjenigen Gemeinden, die unter den Wohlfahrtslasten besonders zu leiden haben, der Betrag von 672 Millionen aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt worden. Davon sollten zehn Prozent den Ländern zur Verteilung in ganz besonderen Notstandsgebieten überwiesen werden. Dieser Teilbetrag ist im Einvernehmen mit den Ländern jetzt auf zwanzig Prozent erhöht worden.

Um die Gemeinden ferner in Stand zu setzen, ihre Wohlfahrtspflichten zu erfüllen, ermächtigt die neue Notverordnung diejenigen Gemeinden, die die Bürgersteuer für 1931 erhoben haben, vom Oktober bis Dezember dieses Jahres noch einmal die halbe Bürgersteuer zu erheben. Dabei fällt aber der bisherige Frauenzuschlag von fünfzig Prozent für Verheiratete fort, weil sich die Bürgersteuer doch nach Ansicht der Regierung allmählich zu einer Art Einkommensteuer entwickelt hat; ferner wird die Bürgersteuer um 20 Prozent ermäßigt mit Rücksicht auf die seit 1930 eingetretene wesentliche Verminderung der Einkommen. Ferner dürfen die Gemeinden auch 1932 wieder die Bürgersteuer erheben, und zwar wieder ohne Frauenzuschlag. Statt der karren Grenze von 500 R.E. wird ein Betrag eingeführt, der sich nach den Höhen der Wohlfahrtsfürsorge richtet, also für ein kleines Walddorf niedriger sein wird als für eine Großstadt.

Senkung der hohen Gehälter und Pensionen.

Schon die Juni-Notverordnung von 1931 verpflichtete die Länder, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Bezüge ihrer Angestellten anzupassen an diejenigen entsprechenden Angestellten des Reiches. Einbezogen waren auch Privatunternehmungen, an denen die öffentliche Hand mit mehr als fünfzig Prozent beteiligt war. Die neue Notverordnung schlägt hier zwei Lücken, indem sie eine Herabsetzung auch der Pensionszahlungen vorsieht und eine Beanstandung von Bezügen zulässt im folgenden Falle, wo z. B. die Gehälter der Angestellten und die Arbeitserlöse der Versicherungsträger das Einkommen der entsprechenden Versicherten übersteigt; eine Beanstandung ist ferner möglich bei den Betrieben der Gemeinden und den der Versorgung dienenden Unternehmungen. Schließlich will die neue Notverordnung eine Angleichung der Gehälter der Vorstandsmitglieder oder leitenden Angestellten von subventionierten Unternehmungen für die Dauer der finanziellen Belastung des Reiches an die Bezüge von Beamten oder Angestellten des Reiches erzwingen, die für vergleichbare Dienstleistungen gezahlt werden.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung.

Zur Arbeitsbeschaffung waren für 1932 vom Reiche ursprünglich 135 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Im Laufe des Sommers sind noch etwa 200 Millionen hinzugekommen. Durch die neue Notverordnung werden weitere 50 Millionen für Instandsetzung der Wohnungen bewilligt. Rund 170 Millionen werden der Wirtschaft an Aufträgen der Reichsbahn auf der Grundlage der Steuer-Gutscheine zugeschlagen, die die Reichsbahn für die Verkehrssteuer bekommt. Die Post soll sechzig Millionen neue Aufträge vergeben; die Verhandlungen über die Finanzierung sind, wie vom Reichsfinanzministerium mitgeteilt wird, abgeschlossen. Aus der Industrieausbringungs-Umlage sollen auf Grund der neuen Notverordnung vierzig Millionen für das Kleingewerbe ausgegeben werden. Die Genossenschaften, die sich mit dem Depositen-Geschäft beschäftigen, sollen mit fünfzig Millionen unterstützt werden. Schließlich steht das Regierungsprogramm noch eine Ausgabe von fünfzig Millionen zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens in den Grenzen vor. Wie der Reichsminister dazu vor der Presse ausführte, hat die Regierung den Betrag für öffentliche Aufträge erhöht, weil sie davon ausgeht, dass diese für die Belebung der Wirtschaft eine wesentliche Rolle spielen. Die Regierung war jedoch der Auffassung, dass das allein zur Belebung der Wirtschaft nicht genügt. Sie hat darum ihr Programm durch die Notverordnung ergänzt mit Maßnahmen, die darauf hinauslaufen, die Privatwirtschaft, die ja noch siebzig Prozent der gesamten Wirtschaft umfasst, auch zu beleben. Die private Wirtschaft leide in keigendem Maße unter einem Defizit, das lähmend wirke. Hier sollen die Steueranrechnungsscheine Erleichterung bringen. Diese Scheine werden jedoch nur gegeben für Steuern, die un-

mittelbar auf der Produktion lasten, nicht für Einkommen- und Vermögenssteuer. Sie bedeuten, so erklärt Minister Warmbold, darüber hinaus eine Kreditmöglichkeit zur Schaffung fehlendes Betriebskapitals durch Verkauf, Vermögensveräußerung oder Benutzung als Unterlage für Wechsel.

Ein weiteres Moment zur Belebung der Wirtschaft sollte die Belehrungsprämie darstellen und schließlich auch der Buchstabe für Wohnungsreparaturen.

Die Sozialpolitik in der Notverordnung.

Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer hofft, dass 1% Millionen Arbeitslose neu eingestellt werden können, wenn die Prämie für solche Neuambilungen vorgesehenen 700 Millionen Steuer-Gutscheine voll im Anspruch genommen werden. Die Krankenfälle sind verpflichtet, Belehrungen über die Zahl der Beschäftigten auszustellen, damit die Unternehmer ihre Anträge auf Ausgabe der Gutscheine belegen können. Wer falsche Angaben macht, wird für die Zukunft ausgeschlossen. Wenn Umgebungen zu befrechen sind, werden die Gutscheine vorerhalten. Eine Ausführungsvorordnung wird noch eine obere Grenze der Gutschein-Ausgabe für Mammut-Betriebe, ferner eine Regelung für Saisonbetriebe und eine Aufzählung derjenigen Betriebe bringen, die wie Haushaltswirtschaft und Heimgewerbe der Vergünstigung nicht teilhaftig werden sollen. Zu regeln ist auch noch die Mindestdauer der Beschäftigung in den begünstigten Betrieben, die voraussichtlich auf zwölf volle Tage im Monat bemessen werden wird.

Bei dem Eingriff in die Tarifverträge, zu dem die neue Notverordnung den Arbeitminister ermächtigt, soll es sich nur um eine vorübergehende Notmaßnahme handeln. Dr. Schäffer betont, dass das A und C gerade dieser Maßnahme die Aufrechterhaltung, die Ausbildung, Verbesserung und Pflege der Tarifverträge kein soll. Man will z. B. da eingreifen, wo ein Tarifvertrag zu großen Gebiete oder allzu verschiedenartige Betriebe umfasst. Der Vorbehalt des Schlichtungs-Ausschusses soll mit je einem Vertreter der Tarifparteien Ausnahmen zulassen können. Ausnahmeweise erhält der Schlichter eine Sonder-Vollmacht, einzelne Betriebe vom Tarifvertrag zu dispernen; er muss sich jedoch davon überzeugen, dass das Unternehmen aus Gründen, die der Unternehmer nicht zu vertreten hat, in Lebensgefahr geraten ist. Der Schlichter wird sich vorher mit den Tarifparteien ins Benehmen zu legen haben. Automatisch soll eine Tarifermäßigung eintreten, wenn mehr Arbeitnehmer eingestellt werden. In diesem Falle sind für die ersten dreißig Minuten zu zahlen, für die dreißig bis vierzig Minuten wird dem Unternehmer ein progreßiver Abschlag vom Tariflohn bewilligt, und zwar derart, dass bei einer Mehrbeschäftigung von mindestens fünf Prozent der Arbeiterszahl der Abschlag zehn Prozent beträgt, die Lohnermäßigung also immer das Doppelte der Mehrbeschäftigung. Damit soll ein Druck ausgeübt werden auf die Ermäßigung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden in der Woche. Umgangungen sollen durch eine Ausführungsverordnung verhindert werden, die gleichzeitig eine Regelung für Saisonbetriebe und Landwirtschaft bringen soll.

Eine sehr weitgehende Ermächtigung erteilt schließlich die Notverordnung noch dem Reichsarbeitsminister. Dr. Schäffer erklärt dazu, man wisse noch nicht, was und in den Wintermonaten bevorsteht; da müsse unter Umständen gehandelt werden, um wenigstens den Kern unserer sozialen Einrichtungen über die gegenwärtige Notzeit hinwegzurichten. Antizipativen habe sich die Regierung ermächtigen lassen zu einer Reform der gesamten Arbeits- und Sozialverwaltung, der Versicherungen und des Versorgungswesens für die Kriegsbeschädigten. Dabei sei jedoch keineswegs an einen Leistungsbaukasten gedacht. Es könne jedoch notwendig werden, dass z. B. die drei verschiedenen Arten der Fürsorge für die Arbeitslosen vereinheitlicht werden.

Reichstagsöffnung am Montag, 12. September.

Berlin. (Funkspruch.) Wie das Nachrichtenbüro des DR hört, hat Reichstagspräsident Göring der Kommunistischen Fraktion auf deren Schreiben mitgeteilt, dass der Reichstag für Montag, den 12. September, 1 Uhr zu einer Sitzung einberufen würde, mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Der Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Herrn Reichspräsidenten soll am Sonnabend stattfinden.

Der Stand der Koalitionsverhandlungen.

Berlin. (Funkspruch.) Wie verlautet, wird die Tafel, dass Reichstagspräsident Göring das Reichstagsplenum für nächsten Montag einzuberufen wünscht, in politischen Kreisen dahingeben, dass man hofft, noch bis zum Ende dieser Woche eine gewisse Klarheit über den Ausgang der Koalitionsverhandlungen zu erhalten. Hieraus dürfte auch hindeuten, dass Adolf Hitler voraussichtlich Donnerstag abend wieder in Berlin eintreffen wird.

Dertliches und Sächsisches.

Riesa, den 6. September 1932.

* Wettervorhersage für 7. September 1932
Wetterteil von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.)
Zeitweise auftrittende Winde aus Süd bis West, nur vorübergehend stärker bewölkt, vielfach aufheiternd, etwas wärmer. Möglicherweise nur geringe Niederschläge.

* Daten für den 7. September 1932. Sonnenaufgang 5.22 Uhr. Sonnenuntergang 18.33 Uhr. Mondaufgang 14.35 Uhr. Monduntergang 21.03 Uhr.

1583: Königin Elisabeth von England geb. (gest. 1603).
1654: Der schwedische Staatsmann Graf Axel Oxenstierna in Stockholm gest. (geb. 1583).

Noch einmal Bürgersteuer.

In der neuen Notverordnung wird auch bestimmt, daß die Bürgersteuer in den Monaten Oktober bis Dezember 1932 zusätzlich noch einmal in der halben Höhe, aber mit einem Abschlag von 25 v. H. erhoben wird. Ein Lediger, der im Jahre 1932 schon 18 Mark Bürgersteuer bezahlt hat, hat also noch einmal 8,75 Mark (die Hälfte von 18 Mark weniger 25 v. H.) zu zahlen. Bei den Verheirateten fällt der Abschlag für die Frau weg. Hatte er also bisher 27 Mark zu zahlen, braucht er für diese zusätzliche Erhebung ebenfalls nur 8,75 zu zahlen. Es handelt sich hierbei, wie gesagt, um eine zusätzliche Zahlung für 1932, während die Bürgersteuer für 1933 wieder vom Januar bis Juni 1933 erhoben werden wird.

* Eltern und Erzieher werden darauf hingewiesen, daß die Anmeldung für die Oberrealschule Riesa morgen Mittwoch und am Donnerstag zu erfolgen hat. Hierzu beachte man die Bekanntmachung in der Sonnabendausgabe des Riesaer Tagblattes.

* Die Ortsgruppe Riesa der Deutschen nationalen Volkspartei hielt gestern ihre Monatsversammlung ab, in der grundätzlich zu den kommenden Stadtvorordnetenwahlen Stellung genommen wurde. In dem heutigen Kampf der Weltanschauungen ist das nichtsozialistische Lager nur unter der Führung des deutschnationalen Geistes lebensfähig. Unter diesen Gesichtspunkten stand auch das politische Referat des Landesgeschäftsführers Dr. Neuber.

* Der Männergesangsverein „Amphion“ hatte seine Mitglieder und deren Familien für Sonntag, den 4. September, zu einem Ausflug nach der besonders im Spätsommer so schönen Nörd-Niederung eingeladen. Drei große städtische Kraftwagen brachten die etwa 180 Teilnehmer zunächst nach Bautzen. Von hier aus erfolgte die Wanderung auf prächtigem Waldweg über das Gabelwehr wohl einer der reizvollsten Punkte Nordlausitz – nach Zabelitz. Nach der Kaffeepause im Garten der Schlossschänke wurde der Schloßpark besucht. Vor der Terrasse des Schlosses gab Herr Oberlehrer Eichhorst interessante Erläuterungen über die Anlagen der beiden aus dem 18. und 19. Jahrhundert stammenden Schlösser mit ihrer reichen Geschichte. Die Weiterfahrt führte durch die satztgrünen Auenwälder nach Brandisbach. Die Wanderung an den Teichufern bot bei mildem Sonnenchein und wundervoller Bewölkung einzigartige Landschaftsbilder, denen die Karawanks vom Dunkelviolet zum Goldgelb ihr bezauberndes Gepräge gab. In wenigen Minuten wurde Gröditz erreicht wo im schönen Werksgasthof beim Vereinsmitglied Pohlmann das gute und reichliche Abendessen stattfand. Auf dem alpinisch günstigen Vorholz gab die stimmlich sehr gut begeisterte Sängergesellschaft noch ein kurzes Abendkonzert, das viele interessierte Zuhörer herangelockt hatte. Neben Teichau, Lichtensee, Lager Seithain wurde dann gegen 9 Uhr Riesa wieder erreicht. Der Ausflug hatte bei allen Teilnehmern hohe Begeisterung ausgelöst. Herzlicher Dank gebührt dem Vorsitzenden des Ausschusses für gesellige Veranstaltungen, Herrn Hagemann, und seinen treuen Helfern, den Herren Kirchhübel und Küchenmeister.

* In der Elbeschiffahrt hat sich die Verkehrsfrage im August gegenüber den Bormanns weiter verschlechtert. Das Elbeverkehrsgesetz ist noch weiter zusammengekrümpt. Die Auswirkung des Rückganges des Verkehrs ruft in Schiffahrtskreisen ernste Besorgnis hervor. Die jetzt vorhandene Ladungsmenge zu Berg ist so gering, daß sie fast ganz von der vorhandenen Motorfahrt befähigt werden könnte. Infolgedessen haben sich auf allen Schifffahrtswegen immer größere Mengen Fahrraum angehäuft. Unter den Schiffern hat sich eine starke Verzweiflungsstimmung bemerkbar gemacht, denn sie müssen oft Wochen und Monate warten, ehe sie Ladung erhalten. Ein weiteres Fortwähren dieser Wirtschaftskrise macht die Situation in der Elbefahrt von Monat zu Monat trostloser.

* Tagung ehemaliger Handelschüler. Der Landesverband Sachsen der Vereinigungen ehemaliger Handelschüler hielt in Glashau am Sonnabend und Sonntag bei starkem Bruch seines 13. Verbandsfestes zahlreiche Ehrengäste wohnten den Beratungen bei, die zum größten Teil internen Charakter hatten. Vor allem wurden die verdiendsten Berufs- und Standesfragen erörtert. Mit Entschiedenheit sprach sich die Versammlung gegen den unbalzbaren Dualismus auf dem Gebiet der Handelschulen aus, von denen nur die höheren wie bisher vom Wirtschaftsministerium betreut werden, während die kleineren Anstalten seit dem 1. Juli 1932 dem Volksbildungministerium unterstehen. Zur Befestigung dieser Trennung sollen an zuständiger Stelle die entsprechenden Schritte unternommen werden. Geteilte Veranstaltungen umrahmten den Verbandsfesttag, von denen ein Begrüßungsabend mit Kommers erwähnt sei, in dessen Rahmen Studiendirektor Dünnebeil eine tiefdrückende Festrede hielt.

* Landestagung der Buchhändler in Bautzen. Am Sonntag hielt der Verband sächsischer Buchhändler in Bautzen unter der Leitung seines Vorsitzenden Schäfer in der Societät seine 53. Hauptversammlung ab, zu der zahlreiche Mitglieder aus ganz Sachsen erschienen waren. Amtsbaupräsident Sievert begrüßte die Tagung namens der Staatsbehörden, während Oberbürgermeister Niedner die Teilnehmer in der Stadt Bautzen herzlich willkommen hielt. An die Verleger des Jahresberichts schloß sich eine rege Diskussion an. Den Hauptvortrag hielt der Generaldirektor Dr. Heck über Wirtschaft und Organisation. Der Niedner gab dem Wunsche Ausdruck, daß dem Reichsanzler mit seinem neuen großzügigen Programm voller Erfolg befreit sei, und schätzte die großen Schwierigkeiten, unter denen Verleger wie Sortimenten heute zu leben hätten. Als nächstjähriger Versammlungsort wurde Dresden in Aussicht genommen. An die geschäftliche Tagung schloß sich ein Rundgang durch die alte Stadt sowie ein Autoausflug der Teilnehmer nach Riesa an.

* Ein Protest des evangelischen Bundes. Der Sächsische Landesverein des Evangelischen Bundes hat eine Entschließung gefasst, in der gegen eine Einladung des Deutschen Katholikentages für nächstes Jahr nach Dresden

Protest erhoben wird. Diese Tatsache müsse bei der evangelischen Bevölkerung Sachens stärkstes Betremmen auslösen. – Der Katholikentag soll bestmöglich aber nächstes Jahr in Wien stattfinden.

* Ein Kammerentreffen der ehem. 351er veranstaltet der Landesverband ehemaliger 351er, Sächs. Dresden, sowie dessen Ortsgruppe Leipzig am 10. Gründungstages am Sonnabend, den 8. Oktober im Volkssaal des Südbau in Leipzig. Um Sonntag, den 9. Oktober findet im gleichen Lokal die 10. Jahrestagerversammlung des Landesverbandes statt. Nähere Auskunft durch Richard Ebert, Leipzig, Liebedstraße 29.

* Gemeindeversicherungsverband Dresden. In der unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Richter aus Ottendorf-Okrilla abgehaltenen diesjährigen Verbandsversammlung des Gemeindeversicherungsverbandes wurde der Geschäfts- und Rassenbericht für 1931 vorgelegt. Dem Verband gehören gegenwärtig 1301 Gemeinden und Verbände, 7 Bezirksverbände und 406 Kirchengemeinden an. Das Verbandsvermögen stellte sich am Ende des Geschäftsjahrs auf rund 1511000 Mark. Verbandsdirektor Lorenz berichtete über die Arbeiten des Verbandes im abgelaufenen Jahre. Die vom Verbandsrevisor des Rassenversicherungsverbandes Elbtal Bubach geprüfte Rechnung wurde von den Bürgermeistern Dr. Gebauer-Kamens, Kubenberg-Kreis und Thierfelder-Höglitz nachgeprüft und von der Verbandsversammlung einstimmig richtig gesprochen.

– v.d. Die Zugbürgel rüstten. Seit einiger Zeit rüsten die Zugbürgel zur großen Heize nach dem Süden. In langen Dauerflügen über ganze Vogelndörfer die Schwinger zur großen Kraftleistung. Vor allem müssen die Jungen noch flugtätig und reisefähig gemacht werden. Noch vor den Schulwahlen, die, wie die Bauernregel sagt, „an Maria Geburt“ fortzählen, haben sich die Stiere zu ihrer Heize gerüstet. Grasmücken, Bachstelen, Blaustrich und Wachteln, sie alle verlassen und noch einmal erschallt bei jedem Wetter ihr Gesang, fast so freudig wie im Frühjahr, als wenn sie sich der schönen Zeit erinnerten. Ganz erstaunlich ist es, wie sie Zugbürgel so lieber ihrem Ziele austreiben, besonders eindrücklich, wenn sie sogar in der Nacht ihre Wanderung fortführen.

* Fahrtshausen. 88 Jahre alt. Morgen, am 7. September, ist es Herrn Privatus Wilhelm Richter vergönnt, in geistiger und körperlicher Frische seinen 88. Geburtstag zu feiern. Wir gratulieren herzlich und wünschen dem gereisen Geburtstagskind einen gesunden und zuverlässigen Lebensabend.

* Kommers. Gewissenlose Elemente haben gegen 11 Uhr abends auf der Staatstraße zwischen Thürstädt und Meila eine lange Kiefernlinie über die Straße gelegt und diese zu beiden Seiten der Straße an Bäumen in etwa ½ Meter Höhe befestigt. Ein aus Richtung Meila kommender, in Lommashaus wohnender Radfahrer ist in der Dunkelheit an die Stange gefahren und gestürzt; er wurde beißiglos, mit stark blutenden Kopfwunden aufgefunden. Es machte sich keine Überführung in das vom mehrgeschossigen Krankenhaus nötig. Auf mehrere, aus Richtung Thürstädt kommende Radfahrer, von denen einer die Uniform der SS trug, sind angeblich, als sie die Stange von der Straße entfernen wollten, aus entgegengesetzter Richtung zwei Schüsse abgegeben worden. Von ihnen wurden an Toten drei Radfahrer beobachtet, die in Richtung Meila davongefahren sind. Ob dem Borkommissar politische Motive zugrunde liegen, konnte bisher noch nicht geklärt werden.

* Kommers. Herbstdankfest. Kommerschule hat Recknitz angelegt. Fahnen wehen, Girlanden sind über die Straßen gezogen; prächtig ist vor allem die Festlichkeit des Königs, des Herrn Georg Krause, geschmückt. Der schneidige Kapfenstreich der Beyerten Kapelle aus Oschatz am Sonnabend abend und der musikalische Wertruf in der Früh bis Sonntags bildeten den üblichen Feiertaft. Mehr und mehr tauchte im Laufe des Vormittags die Schützenuniform in der Stadt auf. Gegen 11 Uhr wurde es lebendig in den Straßen. Die Schützen holten vom Rathaus die Fahnen ab und zogen hierauf zum Hause des Königs, der in das Bataillon eintrat und zum Markt geleitet wurde. Hier empfing Herr Georg Krause unter ansehnenden Worten des Kommandanten Große das Königskreuz, und für 25jährige aktive Dienstzeit wurden Hauptmann Berger und Oberfunker Max Gemlich mit dem Ehrenkreuz ausgezeichnet. Der König nahm hierauf vom Balkon des Rathauses den Paradesmarsch des Bataillons ab und hielt dann eine Ansprache. Eine anderthalb Stunden später folgte der feierliche Umzug der Schützen durch die Straßen der Stadt. Der Marktplatz zeigte wieder das altbekannte Bild. Eine große Menschenmenge war schon längst vor Beginn des Festzuges dort versammelt, und man erkannte wieder: das Schützenfest ist doch ein rechtes Volksfest, das seinen Zauber nicht verlieren wird. Nach Auflösung des Festzuges am Schützenhause, der überall freudig begrüßt und mit Blumen bedacht worden war, drängte eine dichte Menschenmenge nach dem Festplatz, der mit allerlei Schenkenswürdigkeiten, Buden und Buden, Karussells, Autobahn usw. bestückt war; der lebende Menschenstrom zog auf und ab im Festplätzchen.

* Gröditz. Zum Kanton der Kirchengemeinde Gröditz wurde Herr Lehrer Georg Meyer gewählt. Herr Meyer ist in Mühlkreis kein Unbekannter. Er hat sich mit großen Erfolgen vielfach sozialistisch betätigt und ist Vater des Doppelquartette „Schubertbund“ in Riesa. Seine Einweihung erfolgt Sonntag, den 2. Oktober.

* Kroshain. Das 80. Lebensjahr konnte am 4. September der frühere Kolonialwarenhändler und Bezugsmittel a. D. der Freiwilligen Feuerwehr, Herr Adolf Löbke, hier, Zögergasse 2, vollenden. Der Jubilar, immer noch körperlich und geistig frisch, ist hierzulande bestens bekannt, besonders als Altveteran unserer Freiwilligen Feuerwehr, der er nicht weniger als ein halbes Jahrhundert in Treuen und Pflichterfüllung aktiv zugehörte, davon allein 34 Jahre als Zugmeister.

* Kroshain. Der diesjährige Herbstmarkt stand wie seine Vorgänger unter dem Druck der Wirtschaftskrise. Neuerlich war zweifellos am Marktbilde keine Aenderung gegen früher zu bemerken, die Befestigung war reichlich und wie üblich mannigfaltig, auch der Besuch von Stadt und Land ließ kaum zu wünschen übrig. Und doch werden die Händler mit den Geschäftsräumen nicht zufrieden sein, von vereinzelt abgesetzten, die eben nur die Regel bestätigen. Dabei ist zweifellos die Situation für Bedarfsbedeckung preislich günstig, denn nach gewichtigen und maßgeblichen Urteilen soll das Kriterium erreicht sein. Was nützt aber all das, wenn der Krediturorum fehlt, das Geld, ohne das nun einmal aller Kaufwillen ein Scheitern bleibt. So war's wohl ein leidbares Kommen und Gehen, ein interessiertes Besichtigen all der vielen Dingen, aber erstanden wurden sie in den wenigsten Fällen. Die heimischen Geschäfte konnten sich gleichfalls nicht über Massenandrang der Käufer freuen, obwohl alle bereits gerüstet dem Jahrmarkt entgegenkamen. Am besten abgeschnitten haben auch diesmal wieder am Jahrmarktsmontag, wie meist, die Lebensmittelstände und verschiedene Belustigungsseinrichtungen auf dem Lindenplatz. Stark umlagert waren wiederum die Stände von sogenannten „Spezialisten“, die dem Publikum ihre Ware mit mehr oder weniger Redeschwall anzupreisen pflegten.

* Weißens. Leichenzund an der Elbe. Bei Gauernitz stand man an der Elbe Urne und Beine einer männlichen Leiche; der Kopf fehlte. Die Leiche hatte schon lange Zeit im Wasser gelegen.

* Dresden. Verkehrsunfälle am Montag. Am Montag nachmittag ereigneten sich in Dresden drei schwere Unfälle, und zwar erst auf der Salzaustraße ein Knabe, der beim Spiel stürzte, einen Oberschenkelbruch, während ein 22-jähriger Arbeiter sich in einer Kartonagenfabrik auf der Baugener Straße 116 beim Sturz in innere Verlegungen zog. Beide Personen wurden ins Krankenhaus gebracht. Gleichzeitig wurde ein 44-jähriger Radfahrer, der infolge falschen Fahrens auf der Übergangsstraße Ecke Hainstraße mit einem Auto zusammenstießen war und sich dabei Kopf- und Schulterverletzungen zugezogen hatte.

* Dresden. Saracani kommt. In den nächsten Tagen kommt der Italiener Saracani für einige Zeit wieder nach Dresden, um in seinem Bau in Dresden Vorstellungen zu geben. Direktor Stöck-Saracani hofft, daß sich das Unternehmen durch die Siedlung in Dresden von schweren Schlägen, von denen es auf seiner letzten Tournee betroffen wurde, etwas erholt wird. Die Vorstellungen sollen bereits Ende der Woche beginnen.

* Dresden. Schwarze Chronik. In einem Grundstück auf der Ammonstraße wurde am Sonnabend abends ein 76 Jahre alter Mann, der seit längerer Zeit schon vermisst worden war, nach Hoffnung der Wohnung tot aufgefunden. Wahrscheinlich hatte ein Herzschlag seinem Leben ein Ziel gesetzt. – Sonntag nach Stablers Einbrecher aus einer Waffenschmiede in Döbeln nicht weniger als 25 Büchne, sowie ein Fahrrad. – Am Montag nachmittag wurde auf der Nebelfelder Straße eine fünfundvierzigjährige Frau und ein Mann beim Motorradfahren auf die Straßenbahn von einem Kraftwagen angetrieben und so erbärdig verletzt, daß beide ins Krankenhaus gebracht werden mussten.

* Dresden. Das Mandorff kommt. Am Montag vormittag marschierte die Dresdner Garnison über Löbtau und Wölfnitz nach dem Mandorffschen Lande im Raum Wölfnitz-Tanneberg-Niederlößnitz ab. Hier finden zunächst Meinungsverschiedenheiten statt, während die Garnison am Abend mit dem Bataillon marschierte, die Garnison am Sonntag nachmittag in die Garnisonskirche eintrat, erbrachte die Werte und entwendete einen Geldbetrag. Sie waren vermutlich am Montag auch hoch gestellt und eingestiegen.

* Dresden. Politische Roheitstat. In den zeitigen Morgenstunden des Sonntags wurde ein Nationalsozialist, der in Begleitung seiner Braut die Rosenstraße entlang ging, von mehreren Personen überfallen und geschlagen. Er wurde über dem Auge und im Gesicht verletzt, so daß er aus Mund und Nase blutete und zu Boden stürzte. Der um Hilfe rufende Bruder wurde von einem der Angreifer der Wunde zugehalten. Die Täter flüchteten dann in ein Grundstück der Rosenstraße, in dem sich die Zentrale der kommunistischen Revolutionären Gewerkschafts- und Opposition (KGO) befindet. Ein Straßenpassant, der den Vorfall beobachtet hatte, rief das Überfallkommando herbei, das sämliche Personen, die sich in der Zentrale der KGO aufhielten, dem Polizeipräsidium zuführte. Von den Gejagten sind vier Personen, die als die Täter einwandfrei feststehen, vorläufig festgenommen und der Staatsanwaltschaft Dresden übergeben worden.

* Dresden. Ein wilder Bullen. Auf dem südlichen Wieg- und Schlachtfeld wurde der 53 Jahre alte Arbeiter Bühlner beim Auslaufen von Kindern von einem wild gewordenen Bullen angegriffen und gegen die Wand gedrückt. Nur mit Mühe gelang es anderen Arbeitern, den Bedrohten aus seiner gefährlichen Lage zu befreien und ihn schwerverletzt ins Krankenhaus zu ziehen.

* Pirna. Motorrad fährt in eine Kindergruppe. In Pirna fuhr am Sonnabend abends ein Motorrad in einem Tempel in eine Anzahl Kinder hinein, die sich an der Treppe beim Gittertor aufhielten. Beim Kinder sowie eine Mutter, die ihr viermonatiges Kind auf dem Arm trug, wurden zu Boden gerissen, glücklicherweise aber nur leicht verletzt. Lediglich ein Kind mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Der Motorradfahrer, ein Zimmermann aus Schönfeld, der betrunken gewesen sein soll, wurde mit seinem Beifahrer festgenommen.

* Bad Schandau. Identifizierter Selbstmörder. Am 8. August war, wie seinerzeit gemeldet, im Staatsforstrevier Käthevalde von einem Pilzjäger ein Mann bewußtlos aufgefunden worden. Er hatte Gifte zu sich genommen und verstarb kurz nach seiner Einlieferung ins Pirnaer Krankenhaus. Während die Personalien des Toten zunächst nicht festgestellt werden konnten, ergaben die Ermittlungen der Polizei, daß der Mann mehrmals unter dem Namen Leo Ebeling in Bad Schandau, Wehlen und Dresden übernachtet hatte. In seiner Begleitung hatten sich eine Frau und ein Kind befinden. Der Kriminalpolizei ist es nunmehr gelungen, den Toten als einen Böttner aus Hannover festzustellen. Auch die Frau und das Kind wurden ermittelt.

* Pulsnitz. Das Pulsnitzer Krankenhaus geschlossen. Wie zu befürchten war, ist das hierige Krankenhaus vor einigen Tagen geschlossen worden. Im Laufe der Zeit waren immer höhere Aufzüge nötig geworden, und leider blieb ein Aufzug zur Spende für das Krankenhaus so gut wie erfolglos, so daß man die Schließung verfügen mußte. Die Schwerkranken werden in den Krankenhäusern Großröhrsdorf und Kamenz untergebracht.

* Bischofsweida. Umbau des Bischofsweider Bahnhofs. Den Bemühungen der katholischen Kirchenstiftungen und anderer örtlicher Behörden ist es nach langen Verhandlungen gelungen, die Nutzung eines Umbaus des Bahnhofsgebäudes zu erreichen. Die Halle soll vergrößert und die Haltestellenausgabe verlegt werden. Auch sonst sind einige, wenn auch kleinere Umbauten vorzusehen. Mit den Arbeiten ist am Montag bereits begonnen worden.

* Bautzen. In die Dresdner Maschine geraten. Auf dem Rittergut Rauppa wurde bei Erntearbeiten die Landwirtschaftsschule des Rittergutes erfaßt und nicht unerheblich am Kopf verletzt. Auch der Landwirt Helgert geriet an der Strohbrücke in die Maschine; er trug eine Verlehung der linken Hand davon.

* Bautzen. Aus dem Stadtparlament. Die Stadtverordneten nahmen in ihrer Sitzung am Freitag, über die wir bereits kurz berichtet haben, eine Vorlage an, nach der an die Reichsbahn 800 Quadratmeter Land im Wert von 2800 RM wegen der geplanten Untersführung der Promenade unter der Eisenbahnlinie Bautzen–Leipzig abzutreten sind. Bekanntlich wird mit einem viergleisigen Ausbau der genannten Strecke gerechnet, der aber wohl in den nächsten Jahren noch nicht zur Ausführung gelangen dürfte. Die Reichsbahn gibt als Gegenleistung für das Areal an die Stadt ein entsprechendes Fürststübchen ab. Dann wurde über die eventuelle Wiederwahl des Ersten Bürgermeisters Voigt verhandelt, die, wie schon gemeldet, abgelehnt wurde.

* Leipzig. Motorradunfall zweier Reichswehrsoldaten. Das von dem Reichswehrgefreiten Herbert Stahl aus Leipzig gesteuerte Motorrad, auf dessen Sitz der Unteroffiziersanwärter Valmer saß, raste auf die Lügner Landstraße mit etwa 80 Kilometer Geschwindigkeit gegen einen Baum, wobei der Motorradfahrer aus den Sitz ge schleudert wurde. Kurze Zeit nach dem Unfall verstarb

Stahl in
rufen w
werden
Der Un
Gewalt
– Wied
Der frü
straße 12
da. Is.
der solle
einem Be
abkommen
seinen A
„Oberle
aber au
er niema
Seinen R
lag 5/2
Ge verla
von 15 b
Mittel fei
forderten
an die Be
eine 40 d
sowie in
schildigt.
* De
Um Son
Grundst
Anrede E
fahrt ab
Dort is
peripherie
sonen, d
teiligen
Hering, D
leichen.
Die Joh
Erfahrung
säfährlichen
Eine Far
Die Kran
ausgabe
Eine Pre
der Unive
richt abg
Wal
Erwartete
ehem. Sä
abend un
käfflicher
Regiment
sider wei
traurige f
kunft ung
Wal
Talsperre
bes. Mitt
Wener un
Strandba
benötigt.
* We
wurde vo
der zweit
eingekre
Belchuk,
teilnahme
schaft auf
kann dur
* O
wurden a
lehr schne
Einer der
weil geist
Schule a
Eine zufä
Heute de
Beichen, i
durch D
Wagens f
der Nach
* B
Nahre al
einen sch
der Südn
Abenfehr
nach dem
wieder ge
leider ob
wie notw
sein muß
bänder ge
Bede
signete sic
Kimmelgo
Vagger K
Rabne a
sofort aug
aber nach
nabme, d
Hierbei l
Gü

Stahl in Bewußtlosigkeit, aus der er nicht wieder zurückrufen werden konnte, so daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Sein Zustand wird als ernst betrachtet. Der Unfall soll darauf zurückzuführen sein, daß Stahl die Gewalt über die Maschine verloren hat.

* **Beiburg.** Deutnant war er einst bei den Hularen. — Wieder ein Hypotheken schwämmer unschätzbar gemacht. Der frühere Bankbeamte Franz Josef Mittel, zuletzt Websstraße 12 wohnhaft gewesen, ist wegen Hypothekenschwämmer in Haft genommen worden. Er betätigte sich seit Mai d. J. mit der Vermittlung von Hypotheken. Die Gelder sollten angeblich von einer Londoner Bank und von einem Baron in Paris, denen Mittel aus dem Stillhalteabkommen auf Verfolgung ständen, hergegeben werden. Bei seinen Angeboten bezeichnete sich Mittel in der Regel als „Oberleutnant a. D. der Gardehuzaren Berlin-Potsdam“ oder auch als „Gardehuzar“. Festgestellt wurde, daß er niemals Gardehuzar war, sondern Sanitätsgefreiter. Seinen Kunden bot er günstige Hypothekengelder an: Bislang 5½ v. H. Auszahlung 98 Prozent, 10 Jahre lauf. Er verlangte Gebühren zur Deckung von Unterkosten in Höhe von 15 bis 50 Mark. Auf sie allein kam es ihm an. Da Mittel keinen schlechten Kind trug, erhielt er die geforderten Beträge unbedenklich. Wie immer glaubte man an die Bonität der Sach. Nach seinen Angaben hat er in etwa 10 Fällen in der Leipziger und Magdeburger Gegend, sowie in Düsseldorf Berlin auf die geschilderte Art geschädigt. Vermutlich sind noch Geschädigte vorhanden, die bisher keine Anzeige erstatteten.

* **Betzig.** tödlicher Unfall eines vierjährigen Knaben. Am Sonntag wurde gegen 8 Uhr nachmittags vor dem Grundstück Koburger Straße 30 in Böhlauer der vierjährige Knabe Werner S. von einem Verkehrsmitwagen überfahren. Er wurde ins Krankenhaus in Breslau gebracht. Dort ist er nach erfolgter Operation gestorben.

* **Borna.** 400 Personen nach dem Genuss eines Trichgerichtes erkrankt. Hier ist eine große Anzahl von Personen, die an den Speisungen der städtischen Volksküche teilgenommen hatten, nach dem Genuss eines Gerichts aus Hering, Tinte und Kartoffeln erkrankt. Die Erkrankungen liegen in der Hauptsache aus Kopfschmerz, Kreuzschmerz usw. Die Zahl der Erkrankten beläuft sich auf etwa 400. Die Erkrankungsfälle verlaufen normal. Von besonders gefährlichen Erkrankungen ist noch nichts bemerkt worden. Eine Familie mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die Krankheitsfälle sind bereits im Ablauen. Die Essen-ausgabe der genannten Küche wurde vorläufig eingestellt. Eine Probe des Essens wurde an das Hygienische Institut der Universität Leipzig geliefert. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Waldheim. Wiedersehensfeier. Einen über alles Erwartungen schönen Verlauf nahm der 8. Wiedersehensstag des ehem. Sächs. Erl.-Inf.-Regt. 24, der am vergangenen Sonnabend und Sonntag in unserer Stadt abgehalten wurde. In stattlicher Zahl hatten sich die ehem. Angehörigen des Regiments dazu eingefunden, und die Beteiligung wäre sicher weit größer gewesen, wenn nicht die gegenwärtige traurige Wirtschaftslage und die herrschende Arbeitslosigkeit vielen Regimentskameraden den Besuch der Veranstaltung unmöglich gemacht hätte.

Waldheim. Zwei Sportmädchen durchschwimmen die Talsperre. Eine gute Leistung vollbrachten zwei Mitglieder des Mittweidaer Sportvereins Germania 1887, Emmy Beuer und Annemarie Hamalik, die vom Talgut bis zum Strandbad Kriebstein die Talsperre durchschwammen. Sie benötigten für diese Strecke rund 3 Stunden.

* **Werder.** In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde von der bürgerlichen Fraktion eine Erklärung abgegeben, daß sie alles getan hätte, um zu verhindern, daß der zweite Bürgermeister Dr. Behle wieder in sein Amt eingezogen werde. Sie lebt sich jedoch gewünscht, ihren Beihuk, hünktig an seiner Stadtverordnetenversammlung mehr teilzunehmen, aufzuheben, nachdem die Kreishauptmannschaft auf die gefährlichen Folgen eines solchen Beihuk hingewiesen hätte. Die Wiederaufnahme der Witterkraft kann durch Strafandrohung erzwungen werden.

* **Hartmannsdorf.** Ein Todesopfer der Automobilerei. Auf der Straße von Bentig nach Hartmannsdorf wurden am Sonntag abend zwei Fahrsäher von einem in sehr schnellem Tempo fahrenden Personenauto überholt. Einer der Fahrsäher wurde angefahren und etwa 30 Meter weit geschleift. Der Fahrsäher, ein junger Mann namens Schulze aus Hartmannsdorf, wurde auf der Stelle getötet. Eine zufällig auf der Straße stehende Polizeiabteilung war Zeuge des Unfalls und gab dem Autofahrer das Haltesignal. Der Kraftwagenführer kümmerte sich nicht um das Zeichen, sondern fuhr rücksichtslos durch die Abteilung hindurch. Den Beamten gelang es jedoch, die Nummer des Wagens festzustellen. Der Autofahrer wurde noch im Laufe der Nacht verhaftet.

* **Blanken.** Unfall beim Drachensteigen. Der zehn Jahre alte Heinz Stauffer erlitt beim Drachensteigen einen schweren Unfall. Der Knabe ist bei dem Gelände in der Südstadt beim Rückwärtslaufen in die dort befindliche Sandgrube gestürzt und hat sich dabei einen Oberarmbruch und andere Verletzungen zugezogen, sodass er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Velbert. Ein recht bedauerlicher Unfallstall ereignete sich gestern vormittag bei den Straßenarbeiten oberhalb Himmelsgohwitz. Bei Abziehen der Erdmassen vom Bagger kürzte der Schiffer Uleg Reich plötzlich von seinem Rad an und ging infolge des Schredes unter. Den sofort angeworfenen Rettungsring ertrug er zwar, lag ihm aber nach kurzer Zeit wieder los, jedenfalls in der Annahme, daß er das nahe Ufer schwimmend erreichen kann. Hierbei lachte er abermals ab und verschwand in den Fluten. Der Unglücksfalle konnte nach etwa 20 Minuten geborgen werden. Der Rat wie auch die fleißigen Samariterkolonne waren schnell zur Stelle und kehrten sofort Wiederbelebungsversuche mittels Sauerstoffapparates an, die leider ohne Erfolg waren. Hier steht man wieder einmal wie notwendig es ist, daß jeder ein Rettungsschwimmer sein muß. Es wäre vielleicht hier die Möglichkeit vorhanden gewesen, den Unglücksflüchtigen noch rechtzeitig zu retten.

* **Wandsdorf t. B.** Ein entsohnen Sträßling wieder gefangen. Aus der Strafanstalt Born war vor einigen Tagen der zu lebenslänglichem Bußhaus verurteilte Büd- und Meuchelmörder Karl Bieber entsprungen, der in den Jahren 1920 und 1921 in der Umgebung von Böhmischem Leipz drei Personen ermordet hatte. Nun gelang es, ihn in seiner Heimat in Törgsdorf wieder festzunehmen. Nach einer Jagd, an der sich Gendarmerie, Jäger und etwa 20 Bürgern beteiligten, wurde Bieber in einem Walde bei Bürgstein umzingelt. Erst wollte er Widerstand leisten, dann ergab er sich, wobei er erklärte: „Was wollt Ihr, ich wollte doch nur mein Weib und mein Kind sehen.“

Rücktritt des Amtshauptmanns Zellisch.

Der Amtshauptmann von Großenhain, Zellisch, gegen den bekanntlich ein Dienststrafverfahren schwelt, hat unter Verzicht auf jeden Ruhegehaltsanspruch freiwillig seinen Rücktritt erklärt und ist auf seinen Antrag sofort aus dem Staatsdienst entlassen worden. Zellisch war vom 1. November 1923 bis 3. Januar 1924 lächlicher Ministerpräsident.

Schwerer Berlehr-Unfall.

Drei Tote.

* **Greiberg t. Sa.** Ein Reisender einer Leipziger Firma fuhr gestern abend mit seinem Kraftwagen einen Wirtschaftsgebäude aus Brand-Greiberg, der einen mit zwei Kindern besetzten Kinderwagen vor sich herzog, von hinten an. Der Wirtschaftsgebäude wurde mit den beiden Kindern die Böschung hinab in den Stromgraben gesleudert. Dabei erlitt er und ein zweijähriges Kind schwere Verletzungen, daß der Tod sofort eintrat. Das andere Kind ist auf dem Transport zum Krankenhaus gebracht. Der Kraftwagenlenker behauptete, er sei von dem Steinwerferlicht eines entgegenkommenden Kraftwagens geblendet worden.



Sturm bedroht Dein Schiff! Steuere es richtig!

Psalm zu, wenn der Krisen-Sturmwind heult! Kaufmann, los Dein Steuer nicht los! Die Krise spült Dich leicht über Bord! Steuer im Sturm der Krise sind Deine Anzeiger im Riesiger Tageblatt. Sie bringen Dich sicher an den gefährlichen Klippen des Umsatzgangs vorbei! Drum Kaufmann, ahoi! Unterstiere!

Kinderforschen, Schulforschen, Elternforschen.

Alljährlich im Herbst, vor allem aber zu Ostern, steht immer wieder eine große Anzahl Eltern mit schwerer Sorge vor der Frage: „Was soll aus unserem Kinder werden?“ Das gilt nicht nur für diejenigen, deren Kinder aus der Schule entlassen werden sollen, sondern auch für diejenigen, deren Kinder die vier ersten allgemeinen Volksschuljahre durchlaufen haben und die sich nun wegen deren weiterer Schulausbildung entscheiden sollen. Gerade für letztere Eltern ist diese Sorge vielleicht die schwerste, weil die Zeitverhältnisse gar so ungeklärt sind. Gilt es hier doch gewissermaßen die allererste große Grundlage für den späteren Beruf des Kindes richtig zu wählen. Die vier ersten Volksschuljahre sind für Eltern und Kinder meist sehr schnell vergangen und gewöhnlich die sorglosesten. Dann aber muß sich mancher Vater und so manche Mutter oft gegen ihren Willen und oft, ohne selbst den nötigen Überblick zu haben, mit der weiteren Frage befassen, welche Bildungsweg künftig für das Kind am tüchtigsten ist. Es wird deshalb vielen Eltern sicherlich sehr erwünscht sein, wenn sie in nachfolgenden, aus Elternkreisen stammenden Seiten eine Hilfe finden, um sich für ihre Entscheidung weiter orientieren zu können.

Wenn die ersten vier Schuljahre, die jedes deutsche Kind auf der Volksschule durchlaufen muß, vorüber sind, bestehen 2 große Möglichkeiten: Entweder das betreffende Kind besucht die Volksschule weiter oder es verläßt dieselbe, um eine höhere Schule zu besuchen.

Steht von vornherein fest, daß für ein Kind der Besuch einer höheren Schule nicht in Frage kommt, sei es, daß das Kind dazu nicht geeignet ist, sei es, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse dies nicht gestatten oder sonst irgendwelche Gründe dagegen sprechen, wie die spätere Übernahme des väterlichen Geschäftsbetriebes usw., dann wird ein Kind die Volksschule weiter besuchen und nach Beendigung der selben noch die vorgeschriebenen Fortbildungsschuljahre durchlaufen.

Erscheint dagegen der Besuch einer höheren Schule bevorzugt, so müssen die Eltern die weitere Wahl treffen, welche höhere Schule in Frage kommt. Im großen Städten mit einer Anzahl verschiedenartiger höherer Schulen ist naturgemäß die Auswahl eine größere; anders jedoch in Mittelstädten wie in Riesa. Wer nicht gerade sein Kind einer kaufmännischen Spezialausbildung aufzuführen will, wird zwischen der höheren Abteilung der Volksschule und der hiesigen Oberrealschule zu wählen haben.

Die genannte höhere Abteilung, die vielfach einer Volksschule angegliedert ist und die es auch in Riesa gibt, ist eine Schöpfung der Neuzeit und besteht jetzt das zweite Jahr. Ihr Ziel ist die Erlangung der sogenannten mittleren Reife, d. h. landläufig gesprochen, eines gewissen schulischen Abschlusses nach dem 10. Schuljahr, der dann die Möglichkeit beam. Berechtigung zum Eintritt in die sogenannten mittleren Berufe, so z. B. die mittlere Beamtenlaufbahn im Reich und den Ländern, geben soll.

Wie sich jedoch diese mittlere Reife einmal auswirkt und bewirkt, kann jetzt noch nicht abschließend beurteilt werden, mit anderen Worten, man kann z. B. noch nicht mit Bestimmtheit sagen, ob die Erlangung der mittleren Reife bereinst mit den betreffenden Schülern und Schülerinnen auch tatsächlich die Möglichkeiten gibt, die man an sich gern daran sehnt. Es soll nicht verschwiegen werden, daß an sich schon jetzt schwere Bedenken gegen diese Errichtung der mittleren Reife erhoben worden sind. Das Reichsinnenministerium vor allem hatte auf Anregungen hin verfügt, die alte Berechtigung (Abitur bzw. Prima-Reife) durch Schaffung der vorerwähnten sogenannten mittleren Reife zu ersetzen. Einen Erfolg haben aber diese Bestrebungen bisher nicht gehabt. Im Gegenteil haben einzelne Länder, wie Baden und Thüringen, sich ganz offiziell für die Beibehaltung der bisherigen Bildungserfordernisse, also der Prima-Reife bzw. des Abitur, für den gebotenen mittleren Dienst ausgesprochen, und es ist im Reich zu einer allgemeinen Anerkennung des vom Reichsinnenministerium

ausgearbeiteten Entwurfes, der dahin ging, daß die mittlere Reife als ausreichende Vorbildung für den mittleren Dienst gelten sollte, nicht gekommen. Auch für den z. B. und wohl auch künftig ungemein wichtigen Beruf des Volkschullehrers reicht diese mittlere Reife nicht.

Für Riesa bleibt dann die zweite Möglichkeit, ein Kind auf die Oberrealschule zu schicken; diese letztere gehört zu den seit Jahrzehnten bekannten und bewährten sogenannten höheren Schulen, die dem Publikum hauptsächlich in den Formen des Gymnasiums, des Realgymnasiums und der Oberrealschule entgegentreten. Bei diesen höheren Schulen handelt es sich um städtische Lehranstalten, deren Absolvierung zwar zum Hochschulstudium berechtigt, jedoch nicht davon zwinge, die also nicht etwa bloß Wissenschaftler ausbildet.

Zweck und Ziel der höheren Schulen ist es, dem Schüler einen geschlossenen Bildungsangang auf seinen Lebensweg mitzugeben. Aussichtsweise davon, daß man nach einem jahrlaufenden alten Wort nicht für die Schule, sondern für das Leben lernt, und abgesehen davon, daß dem Schüler auf einer höheren Schule auch eine Fülle praktischer, im Leben wohl verwertbarer Kenntnisse gegeben werden, ist es das hauptsächlichste und vornehmste Ziel der höheren Schule, den Schüler durch eine durchdringende geistige Schulung zu einem streng logischen Denken zu befähigen und ihn dadurch in die Lage zu versetzen, sich später im Leben, unabhängig von anderen, ein eigenes aufstellendes Urteil zu bilden und ihm damit innerlich und geistig frei zu machen — nach dem alten Wort: „Bildung macht frei“ —, ihn damit also unabdingbar und zugleich fähig zu machen, sich im Lebenskampfe zu bewahren.

Praktisch liegen jetzt deshalb die Dinge tatsächlich auch so, daß bei der Fülle der Bewerber diejenigen den Vorzug verdienen und leichter eine Stellung erlangen, die ihre Fortbildung auf Grund der anerkannten Ausbildung in einer höheren Schule nachweisen können im Gegensatz zu denjenigen, die ihre Fortbildung nachzuholen suchen mit dem Abschluß anderer schulischer Ausbildung; es wird aber wohl auch in Zukunft einem Bewerber, der eine Fortbildung hingehabt, bewährte Schulbildung voraussetzen hat, der Vorzug gegeben werden vor einem solchen mit einer Schulbildung, deren Auswirkungen sich bei ihrem heutigen Anfangsstadium noch gar nicht überblicken lassen.

Arbeiterentlassungen bei der Reichsbahn im wesentlichen abgeschlossen.

* **Berlin.** Am Reichstag und im Preußischen Landtag liegen Anträge und Interpellationen vor, die brennende Stellung nehmen, daß gerade in dieser Zeit, in der der Reichstanzler sein Wirtschaftsprogramm bekannt gibt, das auch im wesentlichen der Arbeitsbeschaffung dient, die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft umfangreiche Arbeiterentlassungen durchführt. Auch aus dem Range selber sind Proteste hiergegen bei den Berliner Stellen eingetroffen, darunter z. B. der des badischen Finanzministers, der gegenüber dem Reichstanzler sowie dem Reichsverkehrsminister Einspruch dagegen erhob, daß allein in seinem Bezirk 2000 Eisenbahn-Arbeiter vor der Entlassung standen. Zu dieses Unzufriedenheit wird dem Nachrichtenbüro des Rb. an gut informierter Stelle erklärt, daß die Reichsbahn-Hauptverwaltung insofern nicht unmittelbar mit den Entlassungen zu tun habe, als die einzelnen Eisenbahn-Direktionen darüber verfügt haben, welche Entlassungen vorzunehmen waren. Denn der wesentliche Teil dieser Entlassungen sei bereits erfolgt; es könne sich nur noch um kleine Ergänzungen auf diesem Gebiete handeln, wenn man etwas jetzt noch befürchten soll über neue Eisenbahnarbeiter-Entlassungen äußere. An sich seien Arbeitserentlassungen bei der Reichsbahn um diese Jahreszeit eine saisonmäßig bedingte und daher übliche Erfahrung. Es treffe aber zu, daß in diesem Jahre über das Normalmaß der Entlassungen hinausgegangen werden müsse infolge des starken Verkehrsrückgangs. Selbstverständlich hätten die anhaltenden Reichsbahnstellen auch bei dieser Aktion im Einvernehmen mit der Reichsregierung gehandelt. Uebrigens sei die Zahl von 50 000, die als Gesamtzahl der entlassenen Arbeiter genannt werde, erheblich zu hoch gegriffen. Tatsächlich seien nur etwas über 30 000 Arbeiter vorzeitig entlassen worden. Es sei durchaus möglich, daß in absehbarer Zeit, wenn das Wirtschaftsbeschaffungsprogramm in Gang kommt, bei der Reichsbahn neue Entwicklungen durchgeführt werden könnten für den Streckenbau und die übrigen Arbeitsgebiete, auf denen die Reichsbahn unmittelbar Beschäftigungsmöglichkeiten gewährt.

Mutter und vier Kinder verbrannt.

* **Oslo.** In der Nähe von Ottersberg brannte gestern abend ein kleines Haus ab. Eine Frau mit ihren vier Kindern im Alter von 1 bis 12 Jahren kamen in den Flammen um.

Dammbruch bei Augsburg.

* **Augsburg.** (Funkspruch.) Aus noch unbekannter Ursache erfolgte gestern beim Brunnentwerk am Dachbach ein Dammbruch. Der mehrere Meter hohe Damm wurde auf einer Länge von 30 Metern durchbrochen. Der umliegende Wald und große Wiesen wurden überschwemmt. Bis zur Ausbefreiung des Schadens sind 12 industrielle Betriebe, die von dem Dachbach ihre Wasserkraft beziehen, ohne Wasser und müssen sich mit motorischer Kraft bewegen. Das Dachbach-Wasserwerk arbeitet ebenfalls bis zur Wiederherstellung mit Motoren. Die ursprüngliche Annahme, daß Blitzeinschläge den Schaden verursachten, bestätigt sich nach den bisherigen Ermittlungen nicht.

Schnellzug Paris-Marseille entgleist.

* **Paris.** (Funkspruch.) Der Schnellzug Paris-Marseille ist heute früh im Weichbild von Marseille entgleist. Einzelheiten fehlen noch, doch wird gemeldet, daß Tote und Verletzte zu verzeichnen seien.

* **Paris.** (Funkspruch.) Entgegen den ersten in Paris eingetroffenen Nachrichten ist bei der Entgleisung des Schnellzuges Paris-Marseille niemand getötet worden. Schwer verletzt sind acht Reisende. Nach den ersten Feststellungen ist das Unglück auf einen Stoß im Bahndamm zurückzuführen.

Eine Million Menschen in Hungersnot.

* **München.** In einem Bericht des Überlebenswirtschafts-Hilfsausschusses wird die Zahl der infolge der Überschwemmung in der Nordmarktgau in Hungersnot befindlichen Menschen auf eine Million angegeben. Der finanzielle Verlust wird auf rund die Hälfte der gesamten normalen Ausfuhr der Marktgau geschätzt. Die Täler des Sungari und Nonni-Stromes und andere Flüsse im Kilometer weit unter Wasser. Aufgrund der örtlichen Not bat das Landesamt außerordentlich aufgedeckt, jedoch viele Städte zur Selbstverteidigung freigaben.

Eisenbahnbeamtentag in Löbau.

Löbau. An der hier abgehaltenen 13. ordentlichen Mitgliederversammlung des Vereins der ehemaligen Staatsseifenbahnbeamten nahmen über 200 Delegierte aus allen Teilen Sachsen teil. Die Tagung begann am Sonntagnachmittag mit einer internen Vorbesprechung, die jedoch eine halbe Unterbrechung erlitt; der Bezirksverbandsvorsitzende, Eisenbahnamtmann 34e Dresden, sank am Rednerpult vom Gehirnbluttag getroffen zu Boden und starb kurz darauf. Der Transport des Sarges zum Leichenauto gestaltete sich zu einer ergreifenden Totenehrung für den Verstorbenen. Tagungsteilnehmer mit Fackeln bildeten Spalier, und die Kapelle des in Löbau liegenden Ausbildungsbataillons des 10. Infanterie-Regiments spielte das Lied "Ich hatt einen Kameraden". Fackelträger begleiteten den Leichentransport bis zur Stadtgrenze. Infolge des tragischen Todes des Vorsitzenden fielen der Begrüßungsabend und der vorgesehene Besuch des Reichsbahnpräsidenten Dr. Domisch-Dresden aus. Vor Beginn der Beratungen am Sonntagvormittag ehrt die Versammlung ihren Vorsitzenden in der mit Trauerstoff dekorierten Schützenhalle durch einen eindrucksvollen Totenehrenzug. Der zweite Vorsitzende, Reichsbahnrat Karius, und Geheimrat von Brescius von der Reichsbahndirektion Dresden gaben ein ausführliches Bild von der reichsgesegneten Arbeit des Verstorbenen. Als Dank für seine Bemühungen um die Schaffung des Kurheims "Reichsbahn" in Bad Elster wurde in diesem Kurheim das Medaillon-Bildnis Jüles angebracht. Um das Heim zu erweitern, sind vom Bezirksvorstand 150 000 Reichsmark bewilligt worden.

Die Finanzlage des Verbandes wurde als durchaus gesund bezeichnet. Zum vorläufigen Vorsitzenden des Verbands, der in Sachsen in etwa 150 Ortsgruppen 19 666 Mitglieder umfasst, wurden einstimmig Reichsbahnrat Karius und Reichsbahninspektor Günther-Dresden bestimmt. Zur Verleihung kamen u. a. ein Telegramm des Reichsbahnpräsidenten Dr. Domisch und eine Zufchrift des Ersten Bürgermeisters Dr. Ungethüm-Löbau, die namens der Reichsbahndirektion bezw. der Stadt Löbau dem Verein die herzlichste Anteilnahme zu dem tragischen Tode seines ersten Vorsitzenden zum Ausdruck brachten. — Die nächstjährige Verbands>tagung soll in Crimmitschau stattfinden.

Amtliches

Das Konkursverfahren über den Nachlass der am 2. Februar 1932 verstorbenen Sozialrentnerin Anna Marie verm. Obert geb. Krämer wird nach Abhaltung des Schlütertermins hierdurch aufgebohnen. R. 432. Amtsgericht Riesa, am 2. September 1932.

Für die Stadt Riesa ist durch die Kreishauptmannschaft Dresden-Bautzen in Dresden der 12. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung erlassen worden. In diesem ist bestimmt, daß mit Wirkung vom 1. April 1932 die Bürgersteuer mit dem Landessteuer und einem Aufschlag von 300 v. H. auch für das Rechnungsjahr 1932 zu erheben ist.

Nachstehend wird der Wortlaut bekanntgegeben. Drucksätze des Nachtrags können später zum Selbstostenpreis in unserem Steueramt entnommen werden.

Der Rat der Stadt Riesa am 5. September 1932.

II Rie. 20/32.

Gemäß § 3 Absatz 1 Satz 3 von Kapitel IX des zweiten Teiles der zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5. Juni 1931 (Gleichgesetzblatt I Seite 292) in Verbindung mit der Verordnung über Sicherung der Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 15. Juli 1931 (Gesetzblatt Seite 115) wird folgendes Octogesetz erlassen, das während der Geltungsdauer von Kapitel IX des zweiten Teiles der oben erwähnten Reichsverordnung nur mit Zustimmung der Staatsaufsichtsbehörde aufgehoben werden kann:

12. Nachtrag

zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Riesa vom 9. Dezember 1925 über die Bürgersteuer.

I.

Der 9. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Riesa vom 7. September 1931 über die Erhebung einer Bürgersteuer nach dem Landessteuer mit einem Aufschlag von 300 vom Hundert gilt auch für das Rechnungsjahr 1932.

II.

Dieser Nachtrag tritt mit Wirkung vom 1. April 1932 an in Kraft.

Dresden, den 1. September 1932.

Die Kreishauptmannschaft Dresden-Bautzen.

(L. S.) (ges.) Dr. Kunze.

Jagdgenossenschaft Weida.

Am Mittwoch, den 21. September 1932, findet im Gasthof Seydel'sche abends 8 Uhr eine Versammlung statt. Z.-O.: Antrag des Jagdpächters auf Herausgabe des Jagdpachtvertrages.

R. Febrmann, Jagdpächter. Riesa-Weida, den 5. September 1932.

14. Zwingerlotterie

Ziehung garantiert 9. u. 10. Gesamtgewinn 160 000 RM. Lose zu 1 RM. bei allen Kollektoren und sonst kenntlich gemachten Geschäften oder direkt vom Heimatshaus, Dresden-A 1, Schloßgasse 24, Postscheckkonto Dresden 15835, Stadtgiro Dresden 610.

Großunternehmen sucht

helle, trockne Lager- und Büro-Räume im Zentrum der Stadt zu mieten. Angebote mit Mietforderungen erbeten unter P 2576 an das Tageblatt Riesa.

Empfehlung gegen Nachnahme die beliebte

Weide-Tafelbutter
90 Pfg. je Pfund in Postfollis von
J. Guttack, Heydekrug (Memelland)

Sächsischer Jägerstag.

Freiberg. Unter außerordentlich starker Beteiligung aus ganz Sachsen fand hier der fünfte sächsische Jägerstag statt, verbunden mit einem Landeschießen. Die Veranstaltungen wurden eingeleitet mit Kranzniederlegungen auf dem Donatfriedhof. An dem Begrüßungskommers nahmen neben den Spitzen der Behörden viele ehemalige sächsische Jägeroffiziere, mit General von Koppenfels an der Spitze, teil. Der Sonntagvormittag begann mit einem Wettruf, an dem sich ein Feldgottesdienst im Dom anschloß; hier hielt Standortspfarrer Sachsenweger die Festpredigt. Am Nachmittag bewegte sich durch die festlich geschmückten Straßen, die Tausende von Menschen umspannten, ein stattlicher Festzug. Im Jägerkaserenhof wurden von Reichswehrangehörigen des Freiberger Bataillons sportliche Darbietungen gezeigt. Mit der Tagung verbunden war ein Landesverbandschießen. An der Jahreshauptversammlung des Landesverbands sächsischer Jäger schloß sich die der Vereinigung ehemaliger Offiziere des Reserve-Jägerbataillons Nr. 26. Alle Veranstaltungen, ebenso wie die Hauptversammlung des Bundes ehemaliger Über Jäger, wiesen einen Massenbesuch auf. Die Bevölkerung bereitete den sächsischen Jägern einen außerordentlich herzlichen Empfang.

Mitteldeutsches Trachtenfest in Leipzig.

Leipzig. Der Mitteldeutsche Gauverband der Volks- und Gebirgs-Trachtenvereine (Sitz Leipzig) veranstaltete hier sein 9. Gaufest. Den Auftakt bildete am Sonnabend ein Festabend im großen Saal des Zoologischen Gartens, dem zahlreiche Ehrengäste, unter ihnen Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, der Vorsitzende der Grenzdeutschen Arbeitsgemeinschaft, Stadtrat L. R. Schwirzky, der Ehrenvorsitzende des Reichsverbands, Karl Kuhn (Würzburg), und der geschäftsführende Vorsitzende Dober beiwohnten. Nach zahlreichen Begrüßungsansprachen, die die Ziele der Trachtenbewegung kennzeichneten, bewies ein buntes Programm, wie tatkräftig diese Ziele, die Pflege der heimatlichen Trachten, Mundarten und Tänze in den Vereinen verfolgt werden. Besonders wirkungsvoll war der vom Bayern-Verein gebotene histo-

rische Schäffleranz. Am Sonnagnachmittag vereinigten sich die Teilnehmer zu einem Trachtenfestzug, der unter großer Anteilnahme der Bevölkerung durch verschiedene Stadtteile verschiedenes Gebirgs- und Bauernvereine in ihren verschiedenen bunten Trachten. Eine besonders interessante Gruppe bildeten die Egerländer. Ebenfalls große Beachtung fand der Verein der Sachsen-Altenburger, der zwei Festwagen, ein Hochzeitspaar aus dem Ostkreis und eine Spinnstube aus dem Westkreis, mitführte. Die Vogtländer erregten ebenso wie die Egerländer besonders durch die Mannigfaltigkeit in der weiblichen Tracht die Bewunderung der Zuschauer. Den Abschluß des Festzuges bildete eine Abordnung des Vereins der heimatfreuen Ost- und Westpreußen.

Blumen im Spätsommer.

Das große berausende Blühen hat aufgehört. Die Blumenfälle, die uns im Mai oder im jungen Sommer erfreut und begnügt hat, grüßt uns längst nicht mehr. Die Spätsommerwiese ist schon ganz der materielle Ausdruck einer Herbst- und Weihnacht gebundenen Schönheit.

Hahnenfuß und Habichtskraut versuchen zwar, ein bisschen freundliches Geld in den größeren werdenden Wiesenmantel zu streuen, aber es gelingt nur wenig. Dunkelbraunrot, alles beherrschend und übersärend, steht der Ampfer mit Abertausenden von Geschwistern auf dem Platz. Am Wegerand macht sich das violette Rot der Glockenblume breit. Daneben stehen die Blütenstände der Schafgarbe. In die Einsamkeit der Waldböden leuchtet weithin das große Blüthen des Heidekrautes. Einiges Schwermütiges, Ernstes liegt über der Spätsommerwiese. Wir merken es deutlich:

Da wirkt der Harbenrauch und Formenreichtum in den Gärten höher aufzuhören. Wunderbar, in weiß, gelb, rosa, rot prunken die Gladiolen. Im feurigen Feuerrot, im tiefsten Purpur, im sonnenreichen Gold prangen die Dahlien. Da sitzen Farben leuchtet der Poloz und blühen die Alster, violett, lila, lavendelblau, viozurn und silberrosa. Es ist, als ob der Gärtner alles herausgehen müßte, was die Kunst des Jahres und ihre eigene Kunst zu bieten vermag, damit wir den Abschied vom Sommer leichter ertragen.

Reichs-Firmen-Fernsprechbuch

mit Reichs-Branchen-Verzeichnis

erscheint regelmäßig jährlich

Der Branchenteil allein (Band III/IV) enthält nahezu 1 Million Adressen nach über 18 000 Stichworten geordnet u. kostet

Preis des kompletten Werkes (vier Bände) RM 60.-

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder den Verlag

REICHS-BRANCHEN-VERZEICHNIS

G. m. b. H. BERLIN SW 68

30.-



Stadtkafee

Ab heute spielt täglich die Kapelle Dinter und Dörfel.

Morgen auf dem Wochenmarkt empfohlen pa. Masthammefleisch, dicke Wöfeliropoden, Beder nivo. Lindorf & Co., Bad Liebenwerda.

Richtig!

Damen-Uebergangsmäntel aus flotten Sportstoffen 15.50, 18.50 8.75

Damen-Mäntel letzte Neuheiten 15.50 14.50

Hochmoderne Mäntel, ganz gefüttert, vornehme Stoffe und Machart. 32., 29., 25.50 17.50

Täglich Eingänge der neuesten Damen - Wintermäntel

Franz Heinze

Pflaumen

empfiehlt

Erich Lindner

Oft. vächter

Pausitz 15b.

Gebt auch an Wieder-

vertäufer ab.

Gärtuere jetzt

mit Torfmull, Düng-

est, sämtlichen künstl.

Düngemitteln von

G. Heinig, Bhf. Glaubitz.

Winterwicken

verkauft

Donner, Moritz.

Winterwicken

verkauft

Liesche, Barthstr. 5.

Preißelbeeren

und Birnen

empfiehlt

Bucklinge

Blund 25 Pf.

5-Pf. Blund-Riste 1.10 Pf.

Bucklinge

verkauft

Paul Böse

Hauptstraße 93.

Stadtpark.

Morgen Mittwoch

ff. Eierplinsen.

Gasthof Mergendorf.

Mittwoch nachmittag

Kaffeekonzert.

Pflaumenküchen, Schlagsahne.

Gasthof Moritz.

Morgen Mittwoch

Dielentanz.

Nordseehalle"

Pestalozzistr. 9, Goethestr. 37

und Wochenmarkt

empfiehlt

eine große Sendung

billige Seefische.

G. Heinig, Bhf. Glaubitz.

Neues Sauerkraut

verkauft billig Panitz 31.

Wer Geschäfte

machen will —

muß inserieren

Saatroggen

Beifuß, anerk. 1. Abfall,

Champaner, Jägers

nordd., 1. Abfall,

empfiehlt, solange Vorrat

G. Heinig, Bhf. Glaubitz.

Rezept

* Pflaumen oder

Zwetschgen — entsteinen

wagen — in möglichst klei-

ne Stücke zerschneiden,

mit 4 Pfd. Zucker unter

Wählen zum Kochen bri-

gen und 40 Minuten brau-

bend durchköcheln. Hierauf

eine Normalflasche Opelta

"Rüssy" zu 86 Pf. hin

Die Not der Rentenempfänger.

Briefwechsel zwischen dem Präsidenten des Kirchenausschusses und dem Reichskanzler.

Berlin. In einem Schreiben an den Reichskanzler geht der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses Dr. Käppler auf die durch die jüngsten Ämterungen der Unterstützungsstädte verschärzte Not der Rentenempfänger ein. Vor allem in den Industriestädten hätten die evangelischen Paräte im Norden und Süden des Reiches in ihrer seelsorgerlichen Tätigkeit einen erschütternden Eindruck von der bis zur Unerträglichkeit gestiegenen Not der verschiedenen Gruppen der Rentenempfänger. Verchiedene Kirchenkreise erwarteten von der evangelischen Kirche, daß sie ausspreche, daß das, was jetzt noch gewährt werde, nicht mehr zum Leben ausreiche, sondern ein langames Verhungern und Verarmen mit allen möglichen Folgen bedeute. Eine südwürttsdeutsche Kirchenregierung habe den Kirchenausschub gebeten, bei den zuständigen Stellen zweckdächer Vinderung der schreitenden Not mit Entschiedenheit vorstellig zu werden. Die Antragsteller seien überzeugt, daß derartige Entbehrungen nur auf allerkürzeste Zeit getragen werden könnten und auch nur dann, wenn alle Kreise unseres Volkes zu ähnlichen Opfern herangezogen würden. Der Präsident des Kirchenausschusses richtete an den Reichskanzler die dringliche Bitte, aus den Anträgen den Ruf zur Hilfe für die von bitterer Not betroffenen Volkskreise zu vernehmen, und hoffe nunlich bald Folge zu geben.

In seiner Antwort betonte der Reichskanzler v. Papen, wie besonders schwierig es für die Reichsregierung gewesen sei, daß sie sofort nach ihrem Amtsantritt die Bezüge der Sozialrentner und Kriegsbeschädigten habe herabzusetzen und hiermit die durch die früheren Notverordnungen bereits stark eingeschränkte Lebenshaltung der wirtschaftlich schwächsten Bevölkerungskreise habe noch weiter verbleiben müssen. Die Reichsregierung habe sich zu diesem Schritt nur deshalb entschlossen, weil es zur Unrechtsbelastung der Fürsorge für die Sozialrentner und Kriegsbeschädigten in ihrer Gesamtheit keinen anderen Weg gegeben habe. Sowohl sich aber die Wirtschaftslage befriere, werde die Reichsregierung prüfen, welche Säiten der Notverordnungen gewidert werden könnten, und zwar werde versucht werden, den Aufbau und die Verwaltung der Sozialversicherung zu vereinfachen und zu verbessern, um von den so beschränkten Mitteln möglichst viel für die Rentner freizumachen.

Berliner Blätter zur Wirtschaftsverordnung.

II. Berlin, 6. September. Die Germania schreibt, so sehr man wünschen müsse, daß die Gemüthungen der Reichsregierung, den Erstarrungskampf der Wirtschaft zu lösen, und die Versuche zur Arbeitsbeschaffung großen Stils Erfolge haben, so sehr müsse man bedauern, daß zu einem nicht geringen Teil die noch in Arbeit befindlichen Arbeitnehmer zunächst die Kosten hierfür aufzubringen haben würden. Diese Opfer seien nur erträglich, wenn das Wort des Reichspräsidenten, daß der soziale Gedanke auch in Zukunft gewahrt bleibe, und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gefördert bleibe, in Erfüllung gehe. — Der Börsen-Courier hebt hervor, daß die neue Notverordnung den entschlossenen Willen der Regierung zeige, die Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln zu meistern und sich dabei nicht durch parlamentarische Schwierigkeiten und Rücksichtnahmen auf Parteiwünsche betrügen zu lassen. Gerade diese Entschlossenheit und Unbeflümmertheit um Parteiwünsche, die weit über das Erhöhungsverlangen früherer Kabinette hinausgingen, seien es ja, die an den Börsen der letzten vierzehn Tage zum Ausdruck gesommene Zuversicht des Volkes auf positive Maßnahmen nährten. — Die D.A.Z. stellt überraschend fest, daß offenbar „die Anwendung von Kontingenzen zur Entlastung des deutschen Marktes von übermäßiger landwirtschaftlicher Einfluss“ erörtert wurde, und weist darauf hin, daß die Anwendung von Kontingenzen in den weitauß meisten Fällen zu Repressalien führe, die die Aktivitäten der Devisenbilanz um mehr Devisen schädige, als auf der Börsseite eingekauft werden könnte. — Die Deutsche B.Z. betont anerkennend, daß darin eine grundäßliche Wendung gegenüber früher bestehe, daß die Schraube ohne Ende, die über neue steuerliche und soziale Belastungen immer wieder zu weiterer Wirtschaftsabrostung führe, durch die Regierung Papen stillgelegt sei. — Der Vorwärts schreibt, die neueste Notverordnung der Regierung Papen sei ein Instrument zur Rettung des kapitalistischen Systems mit kapitalistischen Mitteln. Die Arbeiter hätten die Rettung zu bezahlen. — Das Berliner Tageblatt bemängelt, daß die Verordnung eine Vollmacht ohne Sicherung enthält und meint, es wäre nicht zu verantworten, wenn der wirtschaftliche Impuls, den das neue Programm verheiße, und vielleicht auch wirklich bringen könne, in der Haupthache durch sozialpolitische Rückstöße erlaufen werden müsse.

Eine neue Partei?

Dresden, 6. September.

Wie der Dresdener Presse bekanntgegeben wird, fand in Dresden eine Versammlung „rechtsstehender Damen und Herren aus verschiedenen politischen Lagern“ statt, die sich dahin aussprach, daß angegesichts der Wahlmühselgelungen der bürgerlichen Parteien ein Zusammenschluß gelungensvoller Wähler unbedingt notwendig sei, die sich „mit Überzeugung und dem Willen zu einigender Mitarbeit hinter den Reichspräsidenten ohne Rücksicht auf die sonstige politische Entwicklung und die gegenwärtige Reichsregierung stellen wollen“. Die Versammlung bildete einen Ausschuß, der die Gründung der Partei in die Wege leiten soll.

Auf die Gerüchte, daß hinter dieser neu zu bildenden Partei Persönlichkeiten der Wirtschaftspartei und der konservativen Volkspartei stehen sollen, teilt die Konservative Volkspartei mit, daß sie zwar grundsätzlich bereit sei, um tätiger Mitarbeit willen ihre Selbstständigkeit aufzugeben, wenn es möglich sein sollte, die weltanschaulich übereinstimmenden Kreise der einstmaligen Hindenburg-Wähler in einer Form zusammenzufassen, die nicht mehr die Züge der auf parlamentarischen Mandatsbasis eingestellten alten Parteien trägt. Der in Dresden unternommene Versuch erscheine der Konservativen Volkspartei jedoch als untauglich. Die Bevölkerung, die Konservative Volkspartei habe sich der neuen Partei bereits angeschlossen, sei eine Irreführung.

Auch die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) teilt mit, daß sie mit den Versuchen einer Parteigründung, die von einem gewissen Rauch ausgegangen, nichts zu tun habe.

Reichsratsitzung verschoben.

Berlin. (Kunststück.) Die Vollziehung des Reichstages vom 8. September und die vom 5. September 1932 ab anberaumten Sitzungen der Ausschüsse des Reichstages wurden mit Rücksicht darauf, daß der Tag des Wiederaufzammentritts des Reichstages noch nicht feststeht, abgesagt.

Renzentrisches Zusammenwirken gegen Arbeitslosigkeit.

Der Finanzminister über die neue Wirtschaftsverordnung.

Im unmittelbaren Anschluß an die Darlegungen des Reichswirtschaftsministers beschäftigte sich

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk

mit den Steuergutscheinen. Läßt es sich, fragte der Minister, finanzpolitisch vertreten, die Jahre 1934 bis 1938 vorweg zu beladen, die Jahre, in denen ja die Steuergutscheine zur Zahlung von Steuern angenommen werden müssen? Ist es nicht umso leichtsinniger, als das laufende Etats Jahr mit starken Fehlbeträgen in den Etats der öffentlichen Hand abschließen dürfte? Ich glaube umgekehrt, daß gerade diese drohenden Fehlbeträge zu dem Vorgehen zwingen, wie es die Reichsregierung in der neuen Verordnung vor sieht. Durch Steuererhöhung und Ausgabenkürzung würde nur der Kreislauf in Bewegung gesetzt, der über weitere Schrumpfung immer wieder zum Einnahmenrückgang und zur Erhöhung der Arbeitslosenausgaben führt. Eine endgültige Sanierung der öffentlichen Etats kann nur erzielt werden, wenn durch Belebung der Wirtschaft das Steueraufkommen sich hebt und die unproduktiven Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sich senken. Man kommt daher zu einer Sanierung des Etats nicht auf dem Wege einer Belastung, sondern nur auf dem Wege einer Entlastung der Wirtschaft. Es wird in den Jahren 1934/38 leichter sein, die Ausfälle an Barzahlungen, die durch die Annahme der Steuergutscheine eintreten, auszugleichen, als wenn durch die Fortsetzung des Schrumpfungsprozesses die Grundlage für künftige Steuereingänge völlig zerstört würden.

Wir haben in der heutigen Verordnung ein Wirtschaftsprogramm vor uns, das zum ersten Mal im Gegenlaß zu den bisherigen Notverordnungen keine neuen Belastungen, sondern im Gegenteil durchgreifende Entlastungen bringt.

Weitere Erläuterungen

Die Wirtschaftsmaßnahmen werden von maßgebender Seite als ein konzentrisches Zusammenwirken aller Reformen der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit bezeichnet.

Die einzige Frage ist, ob der gegenwärtige Zeitpunkt richtig ist. Das wird von den verantwortlichen Stellen bejaht. Man führt dafür vor allem ins Feld, daß der Vertrag von Lauzanne eine sehr viel wertvolle Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiederbelebung sei, als man ihn bisher in Deutschland bewertete, und daß weiter eine ganze Reihe von Zeichen dafür spricht, daß sich in der Weltwirtschaft ein Umschwung andeutet. In diesem Augenblick greife die Reichsregierung mit einer Anzahl von Maßnahmen ein: sie entlaste die Wirtschaft, sie gebe ihr mit den Steuergutscheinen außerdem die Möglichkeit zu größerer Kreditschöpfung, sie helfe ihr weiter durch eine elastischere Gestaltung der Tarife und schließlich durch die öffentlichen Mittel, die für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellt werden. Das sei fünfmal so viel, als ursprünglich gedacht war.

Die drei Bierzel Milliarden, von denen in dem Kommunikat die Rede ist, seien sich folgendermaßen zusammen: Aus den 135 Millionen, die zunächst für Straßenbauten, Wasserstrassen und Meliorationen bewilligt waren; dazu kommen die 200 Millionen, die die gegenwärtige Reichsregierung für ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgeworfen hatte, ferner die 50 Millionen für Hausrat reparaturen und endlich 170 bis 200 Millionen, die die Reichsbahn aus der Förderungsteuer spart und in Aufträge umwandelt. Die Post hat 60 Millionen für die gleichen Zwecke ausgeworfen, deren Finanzierung auch schon gesichert ist. Das macht eine Summe aus, die zwischen 600 und 650 Millionen liegt. Der Rest besteht aus Aufträgen, die augenblicklich noch beraten werden.

Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheiten

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung

vom 14. Juni 1932 und der Verordnung für Belebung der Wirtschaft vom 4. September hat die Reichsregierung eine Verordnung erlassen, die in drei Teilen insgesamt dreizehn Paragraphen umfaßt.

Teil I bestimmt u. a.: Werden in einem Betrieb oder in einer Betriebsabteilung mehr Arbeiter beschäftigt als am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932, so ist der Arbeitgeber ohne Rückerlangung des Arbeitsvertrages berechtigt, während der Dauer der Erhöhung der Arbeiterzahl, jedoch nicht für die Zeit vor dem 15. September 1932, die jeweiligen tarifvertraglichen Lohnsätze für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde zu unterstreichen.

Die zugässige Unterschreitung beträgt während einer Vermehrung der Arbeiterzahl von mindestens 5 v. H.: 10 v. H.; mindestens 10 v. H.: 20 v. H.; mindestens 15 v. H.: 30 v. H.; mindestens 20 v. H.: 40 v. H.; mindestens 25 v. H.: 50 v. H. Entsprechendes gilt bei Erhöhung der Zahl der Angestellten für die Gehaltsätze.

Diese Vorschrift gilt im allgemeinen nicht für gewerbliche Betriebe, die regelmäßig nur während einer bestimmten Zeit des Jahres oder in einer bestimmten Jahreszeit außergewöhnlich verstärkt arbeiten, wenn diese Zeit in die Monate September bis März fällt.

Werden in einem landwirtschaftlichen Betrieb im Monatsdurchschnitt mehr Arbeiter beschäftigt als in dem entsprechenden Monat des Vorjahres, so ist der Arbeitgeber ohne Rückerlangung des Arbeitsvertrages berechtigt, für diesen Monat, jedoch nicht für die Zeit vor dem 15. September 1932, die jeweiligen tarifvertraglichen Lohnsätze zu unterstreichen, und zwar bei einer Vermehrung der Arbeiterzahl von mindestens 5 v. H.: 2 v. H.; mindestens 10 v. H.: 4 v. H.; mindestens 15 v. H.: 6 v. H.; mindestens 20 v. H.: 8 v. H.; mindestens 25 v. H.: 10 v. H. Bei Arbeitern, deren tarifvertragliche Sachbezüge dem Werte nach die tariflichen Lohnsätze übersteigen, verdoppeln sich die Hundertsätze der zugässigen Unterschreitung. Entsprechendes gilt bei Erhöhung der Zahl der Angestellten für die Gehaltsätze.

Teil II, der sich mit der „Erhaltung gefährdeter Betriebe“ befaßt, besagt u. a.:

Gefährdet die Erfüllung der dem Arbeitgeber obliegenden tarifvertraglichen Verpflichtung die Weiterführung eines Betriebes oder seine Wiederaufnahme infolge besonderer Umstände, so kann der Schlichter den Arbeitgeber ermächtigen, die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltsätze in bestimmtem Umfang ohne Rückerlangung des Arbeitsvertrages zu unterschreiten.

Den Umfang der zugässigen Unterschreitung setzt der Schlichter fest. Er darf dabei nicht über 20 v. H. der tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltsätze hinausgehen. Im Falle der Ermächtigung ist der Zeitpunkt festzustellen, mit dem sie wirksam wird. Die Ermächtigung kann befristet werden. Die Entscheidung des Schlichters ist bindend. Er ist berechtigt, bei Rückerlangung der Verhältnisse seine Entscheidung abzudrucken oder aufzuheben.

Teil III enthält „gemeinsame Vorschriften“ und verfügt u. a.: Da für die Betriebe geltenden Vorschriften gelten auch für die Verwaltung.

Für die Durchführung dieser Verordnung ist der Schlichter zuständig, in dessen Bezirk der Betrieb seinen Sitz hat. Der Schlichter und seine Stellvertreter sind bei Durchführung der Verordnung als Beauftragte des Reichsarbeitsministers tätig und an seine Weisungen gebunden.

Die Verordnung tritt, soweit es sich um Maßnahmen zu ihrer Durchführung handelt, am Tage ihrer Verkündigung, im übrigen am 15. September 1932 in Kraft. Die Vorschriften unter Teil I treten am 31. März 1933 außer Kraft.

Ausländische Pressestimmen zum Stahlhelmtag in Berlin

Starke Interesse der englischen Öffentlichkeit an der Stahlhelmundgebung.

London. Die Berliner Stahlhelmundgebung hat in London ein ganz außerordentliches Interesse hervorgerufen. Die Berichte der Berliner Korrespondenten, die von Photographien begleitet sind, füllen ganze Seiten der Morgenpresse. Große Beachtung findet die offene Freundschaft, die in der nationalsozialistischen Presse gegenüber dem Stahlhelm zum Ausdruck kommt. So berichtet beispielweise der Berliner Korrespondent des Arbeitersblattes Daily Herald, daß die Mannschaften gut ausgebildet und dankend diszipliniert seien; im allgemeinen zeige das Verhalten des Stahlhelm mehr Korrektheit und Disziplin als das von Hitlers Sturmtruppen bei ähnlichen Anlässen. Der Korrespondent betont, daß es sich bei den Stahlhelmlern um Leute mittleren Alters und bei den Anhängern Hitlers meist um Jugendliche handle.

Die Pariser Presse zum Reichsfrontsoldentag.

Paris. Die Berliner Korrespondenten der Pariser Presse berichten ausführlich über den Reichsfrontsoldentag am Sonntag. Der Berliner Korrespondent des Petit Paris schreibt, die große militärische Parade sei eine unmöglich feierliche Verkratzung der allgemeinen Politik des Präsidialkabinetts Papen-Schleicher gewesen und eine der ausgesprochenen monarchistischen Kundgebungen, die man seit dem Kriege erlebt habe. Die Parade habe in den Büchern den Wehrgeist wecken sollen. Es habe sich um eine Propaganda für die Wiedereinführung der allgemeinen Dienstpflicht gehandelt. Gegenüber dem Auslande habe der Stahlhelm in einer Form, wie man sie gar nicht öffentlicher hätte wählen können, die Forderung Deutschlands nach dem allgemeinen Aufrüstungsberecht unterstrichen. Trotz der bestürzten Kommentare, die die nationalsozialistische Presse veröffentlichten, könne man feststellen, daß allerdings das Publikum verhältnismäßig wenig zahlreich erschien sei, und die Abstimmungsmeldungen hätten in seinem Verhältnis zu der Ausdauermenge gestanden. Berlin sei eben kommunistisch, sozialdemokratisch und nationalsozialistisch, aber nicht davon nationalistisch.

Das Petit Journal schreibt, die Anhänger Hitlers hätten sich für den Stahlhelmtag nicht interessiert. Die Republikaner seien zu Hause geblieben. Es sei übrigens keine Trohung ausgesprochen worden. Man habe weder vor den Übungen, noch von Elsass-Lothringen, noch von

der Aufrüstung gesprochen. Der Berliner Korrespondent des Echo de Paris fragt: Wie wollen die Stahlhelmer einheitlich den Vertrag befehligen? Sie belohnen, daß sie keinen Revanchekrieg einzuführen möchten, weil sie ihn in ihrem Stolz für überflüssig halten, da ja das deutsche Heer keine Niederlage erlitten habe. Seien die Stahlhelmer etwa so naiv, daß sie glauben, ihr altes Deutschland würde lediglich durch diplomatische Verhandlungen erreicht werden können?

In einem in der Redaktion des Echo de Paris geschriebenen Kommentar heißt es, der Stahlhelm behalte die Wiedereinführung der Monarchie. Er denkt über das kaiserliche Regime wie Thiers einst über die Republik. Es sei das Regime, das am wenigsten Uneinigkeit bringe. Schon in den Aufzeichnungen Stresemanns könne man aus dem Ton der Briefe an den Kronprinzen erkennen, daß Stresemann sich als Monarchist fühlte. Es sei zu befürchten, daß eines Tages auch die Leute, die in Deutschland etwas sagen hätten, sogar in Bezug auf eine Außenpolitik, die auf die Wiederaufrichtung dessen abgestellt sei, was zerbrochen oder verloren ging, ihrerseits sagen würden, daß das ein Unternehmen sei, das am wenigsten Uneinigkeit hervorrufe.

Le Figaro erklärt: Eine große Parade, ein Heeresauspiel, ein retrospektiver Umzug, aber keine politische Manifestation, alte Uniformen, neue Uniformen nach altem Modell, die Rahmen der früheren Armee, 185 000 Träumer, die wieder in einer Vergangenheit zu leben glauben, die ihnen als Schön in der Erinnerung haften, weil sie ihre Jugend ausmachte — das war das Fest vom Sonntag.

In einem Redaktionsartikel des Populaires wird gesagt, der Frontsoldentag sei eine große Kundgebung für die Wiedereinführung der Hohenzollern gewesen. Die Kundgebung sei mit Hilfe der Regierung grandios aufgezogen worden, sie habe der monarchistischen und militärischen Propaganda dienen und zugleich ein bestimmter Hinweis auf das Ziel sein sollen, das Reichskanzler von Papen und General von Schleicher verfolgen. Der Zweck sei erreicht, wenigstens teilweise. Die Orientierung des Kabinetts Papen dürfe nun für niemand mehr zweideutig sein.

Politische Tagesübersicht.

Die Tagesordnung für die nächste Reichstagssitzung wird jetzt amtlich veröffentlicht. Sie enthält außer den gemeldeten Entwürfen über das Wechselseitige und Scheitrecht im wesentlichen nur eine Reihe von Beamteneinsprüchen gegen die anwärtsweise Verfehlung in den Ruhestand. Unter den übrigen kleinen Gegenständen befindet sich die Berufung von Mitgliedern des Versicherungsausschusses des Reichsausschusses für Privatversicherung sowie der Entwurf einer Verordnung über die Abgrenzung der Bezirke der Reichsbahndisziplinarkammern in München und in Nürnberg. Von den Vorlagen, die die Reichsregierung dem Reichsrat gemacht hat, sei noch hervorgehoben der Gesetzentwurf über das Abkommen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung betreffend die Aufhebung des Deutsch-polnischen Gemüths-Schiedsgerichts. Die Billigung des Reichsrats findet am kommenden Donnerstag statt.

Der Benjamin des Reichstages. Nachträgliche Feststellungen haben ergeben, daß das jüngste Mitglied des Reichstages nicht der kommunistische Abgeordnete Janta ist, der am 17. Mai 1907 geboren ist, sondern der Abgeordnete Walter Voss, Maschinenbauer in Berlin, der ebenfalls der kommunistischen Fraktion angehört. Voss, der im Wahlkreis Potsdam II gewählt ist, wurde am 31. Juli 1907 in Berlin geboren. Er hat somit erst am Wahltag das 25. Lebensjahr und damit das wählbare Alter erreicht. Voss ist also der unbestrittene Benjamin des Reichstages, denn jünger ist es nicht mehr möglich.

Verteidigung der Kabinettsskrise in Japan. Ministerpräsident Saito erhält am Montag ein Schreiben der Fraktion der Seikaku-Partei, in dem mitgeteilt wird, daß die Fraktion beschlossen habe, die Regierung aus zuhören und innenpolitischen Gründen weiter zu unterstützen. Durch diese Erklärung ist die Kabinettsskrise beiseitegelegt. Bei der Abstimmung im Parlament wird die Partei der Regierung das Vertrauen aussprechen.

Bor einem neuen 2 Milliarden-Fehlbetrag im amerikanischen Haushalt? Senator King erklärte im Finanzausschuß des amerikanischen Senats, daß mit einem neuen großen Fehlbetrag am Ende des nächsten Haushaltsjahrs zu rechnen sei. Der Fehlbetrag werde wahrscheinlich rund 2 Milliarden Dollar betragen. Die Schätzungsabschweife, die allerdings nur einen Teil des Monats Juni umfassen, zeigten einen erstaunlich niedrigen Eingang an den Verbrauchsstufen.

Italien erkennt die deutsche Gleichberechtigungsforderung an. Von aufständischer amtlicher Stelle wird die deutsche Gleichberechtigungsforderung für rechtlich unanfechtbar erklärt. Da demnächst die Abreißungsverhandlungen wieder beginnen, hält Italien Genua für den geeigneten Verhandlungsort für diese deutsche Forderung.

Einschreiten der englischen Regierung in den Weberaufland. Der englische Arbeitsminister hat die Vertreter der durch den Weberaufland in Lancashire betroffenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schriftlich zu einer Zusammenkunft mit Regierungsvertretern aufgefordert. Das Schreiben enthält auch Anregungen zur Beilegung des Streitfusses.

Regierungsdirektor Goehre lehrt nicht mehr auf seinen Posten zurück. Regierungsdirektor Goehre im Berliner Polizeipräsidium, der sich zur Zeit im Urlaub befindet, wird nach Beendigung seines Urlaubs seinen Posten als Leiter der politischen Polizei nicht mehr übernehmen. Die Frage seiner Nachfolge ist noch nicht geklärt.

Wann tritt der Sachverständigenausschuß der Weltwirtschaftskonferenz zusammen? Aus Genua kommende meldungen, daß bereits ein Einvernehmen über den Zeitpunkt für den Zusammentreffen des vorbereitenden Sachverständigenausschusses für die Weltwirtschaftskonferenz, und zwar zum 10. Oktober, zustande gekommen sei, finden in aufständigen Kreisen Londons keine Bestätigung. Nach Londoner Aussicht dürfte ein früherer Zeitpunkt wahrscheinlicher sein als der von Genua aus angekündigte.

Austritt aus der NSDAP

Dresden, 6. September.

Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Schulze-Eischer aus Blauen erklärte in einem an den Landtagspräsidenten gerichteten Schreiben seinen Austritt aus der Nationalsozialistischen Partei und Landtagsfraktion.

Eischer begründet diesen Schritt mit Meinungsverschiedenheiten in Kultur- und Erziehungsfragen sowie mit dem Fehlen eines klaren Schulprogramms der NSDAP. Unmöglich aber werde ihm sein ferneres Verbleiben bei der Partei durch die legitimen Parteiführungsbeschlüsse, die auf eine Koalition mit dem Zentrum hinzielten und einen Bruch mit der Idee des Nationalsozialismus bedeuteten. „Zugleich sehe ich mich verpflichtet“, schreibt Eischer, „diese Erklärung meinen Wählern weiterzugeben, fühle ich mich doch mit ihnen — den ungezählten heute von der Parteileitung Enttäuschten — gerade in diesen schweren Stunden verbunden; denn je und werde als ihr Wortsführer, soweit es in meiner Kraft steht, nun als Abgeordneter ungebunden zu ihnen stehen. Das gebietet mir die Gewissenspflicht.“

Reichstag und Wirtschaftsprogramm der Regierung von Papen.

Berlin. (Auskunftspr.) Wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. in parlamentarischen Kreisen hört, hat die nun im Wortlaut vorliegenden Notverordnungen der Regierung von Papen über das Wirtschaftsprogramm bereits jetzt einige maßgebende Reichsstatthalterien zur Vorbereitung ihrer Stellungnahme veranlaßt, damit der Reichstag bei seinem Wiederzulammtreffen auch Anträge zur neuesten Notverordnung mitberaten kann. Es wird zuverlässig erklär, daß mindestens von Kommunisten und Sozialdemokraten Anträge auf Ablehnung auch des Wirtschaftsprogramms gestellt werden, die evtl. noch im Laufe des heutigen Tages eingebracht werden sollen. Dagegen ist nicht damit zu rechnen, daß Reichstagspräsident Göring den Antrag der Kommunisten ablehnen und das Reichstagsplenum bereits für Donnerstag, den 8. September, einberufen wird. Zwar hat die kommunistische Fraktion die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert, damit er an dem Verlangen nach stärkerer Reichstagsüberprüfung Stellung nehmen könne. Doch wird in parlamentarischen Kreisen ausgeführt, daß der Begriff „sofortige Einberufung“, den die Mitglieder des Reichstekrates in ihrem Antrag verwenden können, immer der Auslegung des Reichstagspräsidenten unterlegen sei und daß Präsident Göring an seinem Plane festzuhalten beabsichtige, das Parlament am kommenden Montag tagen zu lassen. Der Präsident habe auch in der ersten Reichstagsitzung ausdrücklich erklärt, daß er das Reichstagsplenum nicht vor dem 8. September wieder einberufen wolle. Wenn die Kommunisten außerdem in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Erich (NSDAP), die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses verlangt haben, so sei darauf zu verweisen, daß auch in dieser Hinsicht eine Zusage des Vorsitzenden

Sicherung geordneter Bewertung der Kartoffelernte.

Berlin. Amtlich wird gemeldet: Der Bedarf an Kartoffeln kann bei normaler Ernte aus den inländischen Erzeugung voll gedeckt werden. Bei günstigem Ausfall der Ernte sind Spargelmengen vorhanden, die bei planvoller Ausnutzung vorhandener Bewertungsmöglichkeiten den Kartoffelmarkt durchaus nicht zu beeinträchtigen brauchen, wenn nur nicht zusätzlich und unnötig vom Ausland Ware hereindringt. Da der derzeitige Bollitus für Kartoffeln, insbesondere in der Zeit der deutschen Frühkartoffelernte nicht ausreichend ist, wird die Befreiung handelsvertraglicher Bollbindungen erstrebt, die die Einfuhr ausländischer Kartoffeln besonders begünstigen. In jedem Falle aber bietet die Einfuhrkontingentierung, wie sie erstmalig bereits im Monat Juli 1932 durchgeführt worden ist, die Möglichkeit, die Einfuhr ausländischer Kartoffeln auf das richtige Maß zu befrachten.

Die bisherigen Feststellungen über die Kartoffelernte 1932 bieten Anlaß zu der Annahme, daß mit einer guten Kartoffelernte zu rechnen ist. Sollen von Beginn des Kartoffelwirtschaftsjahres an ausgeglichene Marktverhältnisse herrschen und soll der Landwirt auskömmliche Preise für seine Kartoffeln erhalten, so kommt es wesentlich auch darauf an, daß die Regierung, soweit sie zu einer guten Marktentwicklung beitragen kann, ihre Wirkung zur Sicherung eines geordneten Absatzes der Kartoffeln befähigt. Die Verhandlungen hierüber sind im wesentlichen abgeschlossen. Ihr Ergebnis ist das folgende:

Speisefkartoffeln:

Der Absatz von Speisefkartoffeln bleibt erfahrungsgemäß einigermaßen gleich; er ist keiner besonderen Steigerung fähig. Um eine Verbesserung der Qualität der auf den Markt gelangenden Speisefkartoffeln zu erreichen und den Verkauf artischen Erzeugnissen und Abnehmern möglichst reibungslos zu gestalten, ist eine Verordnung über Handelsklassen für Kartoffeln ausgearbeitet worden, die vom zuständigen Amtshof des Reichswirtschaftsrats bereits bestimmt ist und nach Verabschiedung durch den Reichsrat noch in diesem Herbst in Kraft gesetzt werden soll.

Daneben werden die Marktfkartoffel-Vereinigungen, die auf die Lieferung einer restlosen deutschen Marktfkartoffel eingestellt sind, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel weiter unterstützen. Es bleibt vorbehalten,

im Anschluß an die in Vorbereitung befindliche Handelsklassenverordnung für Kartoffeln auch den Verkauf mit Marktfkartoffeln im Verordnungswege zu regeln.

Industrielle Bewertung:

Besonderes Gewicht muß auf die gewerbliche Verarbeitung von Kartoffeln gelegt werden, weil hierdurch eine ausgängige Bewertung von Kartoffeln erzielt werden kann. Die Voraussetzungen hierfür sind sowohl gegeben, daß die Abnehmehrindustrie bei Beginn der Hauptkartoffelernte überleben könnte, insofern sie mit einem betriebigen Absatz ihrer Erzeugnisse rechnen darf. Sie können sich dementsprechend mit Rohstoffen einbedenken und den Erzeugern solche Preise für die Kartoffeln zahlen, wie es die Abnahmehälften für ihre Fertigerzeugnisse zulassen.

Dabei ist, soweit durch Regierungsmahnahmen ein Einstuß ausgeübt werden kann, das Ziel verfolgt worden, daß sich die Kartoffeln in den drei Kartoffelverarbeitenden Industrien (Spiritus-, Stärke- und Fladenherstellung) über den Landwirt zu annähernd den gleichen Preisen verkaufen.

a) Kartoffelbrennerei:

Für die Kartoffelbrennerei gibt die Verordnung über den Bezug von Spiritus zu Treibstoffzwecken vom 5. Aug. 1932 die Möglichkeit, den landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien ein betriebiges Brennrecht einzuräumen, weil durch die Erhöhung der Spiritusquote zu Treibstoffzwecken für die nötige Abfallerweiterung Sorge getragen ist. Dabei ist Voraussetzung, daß der durchschnittliche Braintweinpreis nicht mehr als 48,30 Rkt. je Dekiliter beträgt. Wird der Spirituspreis vom Beizahl des Braintweinmonopols zu gegebener Zeit dementsprechend festgestellt, so erkennt sich daraus noch der Ansicht landwirtschaftlicher Sachverständiger bei Einbestellung des Schlämwerthes, der bei Herstellung des angemessenen Preises für die Spirituskartoffel nach ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmung allerdings außer Acht bleibt, ein Preis von 9—9½ Rpt. je Stärkvorzett.

b) Kartoffelstärke-Zubereitung:

Grundsätzlich wird an dem Verwendungszweck für Kartoffelstärkezucker zu Backzwecken weiterhin festgehalten werden, um für den wichtigsten Absatzweg der deutschen Kartoffelstärkeindustrie die nötige Sicherheit zu bieten. Die Bestrebungen, die Abnahmehöhe für Kartoffelstärkezucker für die Herstellung von Backwaren zu steigern, sind ausdrücklich. Wenn es nicht gelingt, im Vertragswege zwischen den beteiligten Organisationen die Menge von Kartoffelstärkezucker, die auf Grund des Verwendungszwanges von den Bäckereien abzunehmen ist, zu vermehren, so muß vorbehalten bleiben, die Durchführung des Verwendungszwanges umzugestalten und erneut zu prüfen, ob statt des Bezuges des Kartoffelstärkezuckers durch die Bäckereibetriebe die Beimischung bei den Mühlen eingeführt werden soll. Im übrigen werden alle Möglichkeiten, die praktische Durchführung des Verwendungszwanges sicherzustellen, entschieden weiter verfolgt werden.

Um die Finanzierung der Kartoffelstärkekampagne zu erleichtern, ist die Einführung von Orderlagerkrediten für Kartoffelstärkezucker im Verordnungswege erfolgt. Durch diese Regelung, die sich eng an die für Getreide anlehnt, ist die Belebung von Kartoffelstärkezucker durch Bombardierung der Lagermieten ermöglicht.

Bei der Festlegung des Abgabepreises für Kartoffelstärkezucker wird in erster Linie darauf Rücksicht genommen werden, daß die von der Kartoffelstärke-Industrie verarbeiteten Kartoffeln den Erzeugern etwa den gleichen Preis bringen können, der bei der Verarbeitung in der Spiritusbrennerei erzielt wird.

c) Kartoffelrostrostung:

Um der Kartoffelstockenindustrie die Aufnahme der Fladenherstellung in größerem Umfang zu erleichtern, sind ihrer Organisation vom Reich bisher erhebliche Mittel zur Weitergabe als Lombarddarlehen zur Verfügung ge-

stellt worden. Durch die Einführung von Orderlagerkrediten für Kartoffelstärkezucker wird die Aufnahme von weiteren Krediten, für die auch eine Binderverbilligung in Aussicht genommen ist, unterstellt.

Zur Sicherung des Absatzes der Kartoffelstärkezucker wird die Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft eine Menge von rund 110.000 Tonnen Kartoffelstärkezucker aufnehmen, die an Schweinemäter und Getreidebrennereien abgegeben werden sollen. Vorbehalten bleibt der Kauf eines weiteren kleinen Postens von Fladen, der gegebenenfalls Brennstoffzwecken dienen würde. Der Lieferungspreis, den die Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft für die Fladen zu zahlen hat, wird sich, wie schon an anderer Stelle grundlegend betont ist, an den Preis anlehnen, der für Kartoffeln bei der Verarbeitung zu Spiritus insgesamt erzielt werden wird.

Die Fladen werden zu gegebener Zeit mit ausländischem Getreide verkoppel abgegeben werden, um sowohl den Schweinemätern als auch den Brennern einen Abgabekreis einzuräumen zu können, der unter dem Lieferungspreis der Kartoffelstärkezucker liegt.

Die Bedingungen für die Übernahme der Fladen durch die Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft sind bereits festgelegt und der nächstgelegten Organisation mitgeteilt worden; die Abgabebedingungen können erst später bekannt gegeben werden.

2. Herstellung von Kartoffelstärkezucker:

Im Interesse einer vermehrten industriellen Verarbeitung von Kartoffeln ist auch die Förderung der Herstellung und des Absatzes von Kartoffelstärkezucker notwendig. Die technischen Voraussetzungen für den Ausbau der Erzeugung von Maiszucker sind gegeben. Kartoffelstärkezucker wird als Backzucker bei der Herstellung von Roggenbrot vom Bäckereivertrieb günstig beurteilt. Die Spartenorganisation der Bäcker wird daher gemäß dem Ergebnis besonderer Verhandlungen im Reichsnährwirtschaftsministerium auf eine freiwillige Vermehrung der Herstellung von Kartoffelstärkezucker in den Bäckereien hinzuwirken. Bisher ist Kartoffelstärkezucker als Backzucker bei Roggenbrot bis zu 3 v. H. des verarbeiteten Getreidemehls zugelassen, wenn das Maiszucker von einwandfreier Beschaffenheit und genügend Schalenthalt ist. Dieser Hunderttag (3) wird nunmehr zwecks Steigerung des Absatzes von Kartoffelstärkezucker auf 5 v. H. erhöht werden, unter der Voraussetzung, daß Brot so gut ausgebunden wird, daß kein übermäßiger Wassergehalt vorhanden ist.

d) Butterkartoffeln:

Zu den Haupterzeugungsbereichen der Kartoffel bleibt die Herstellung der Kartoffel zu Butterzwecken von auschlagender Bedeutung. Soweit die Kartoffeln nicht als Speisefkartoffeln, Saatkartoffeln oder in gewerblichen Betrieben Absatz gefunden haben, bleibt dem Landwirt nur die Veräußerung im eigenen Betrieb übrig. Daher hieraus sich bedenkliche Folgen für die Vermehrung des Schweinefutterstandes und die Entwicklung des Schweinepreises ergeben können, bedarf keiner näheren Erläuterung. Den darin liegenden Gefahren kann vornehmlich dadurch entgegengewirkt werden, daß die Kartoffelverarbeitende Industrie statt aufnahmefähig für Kartoffeln erweitert ist, muß dann dem Landwirt die technische Möglichkeit gegeben sein, die Butterherstellung der im eigenen Wirtschaftsbetrieb übrigbleibenden Kartoffeln möglichst wirtschaftlich, d. h. billig und mit geringem Schwund, vorzunehmen. Die sachgemäße Täpfung und Einführung von Kartoffeln entspricht volllauf diesem Erfordernis, und die Landwirtschaft zeigt ein dauerndes Interesse für diese Art der Konkurrenz. Die Nachfrage der Landwirte nach Weizenähnlichen zum Bau von Einsäuerungsgruben, die seit mehreren Jahren mit gutem Erfolg gegeben werden, wächst daher. Es ist deshalb bestmöglich, auch weiterhin die Kartoffeleinsäuerung durch Bereitstellung von Weizenähnlichen für die Unterstützung zum Bau von Einsäuerungsgruben zu fördern.

Von führender landwirtschaftlicher Seite wird der „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ zu den amtlichen Mitteilungen über die Kartoffelerntebewegung erklärt, daß es wünschenswert gewesen wäre, diese Ankündigungen vierzehn Tage früher zu veröffentlichen. Diese 14 Tage haben der Landwirtschaft Millionen gespart, weil das Bekleidende Marktmoment und die Sicherheit einer ausreichenden Ernteerwartung gefehlt hat. Auch im Interesse des Getreidebaues, dessen Marktbedürfnisse eng mit denen des Kartoffelbaus verflochten sind, wäre eine rechtzeitige Klärung nützlich gewesen. Gerade aus den Marktchwierigkeiten und aus den Verlusten, die die Landwirtschaft dabei erlitten hat, sollte man für die Zukunft die Schlusfolgerung ziehen, daß die Kartoffelernterungen rechtzeitig gemeinsam mit den Getreideernterungen gefläzt werden. Eine normale Kartoffelernte von rund 40 Millionen Tonnen entspricht in ihrem Bewertungswert der Hälfte einer normalen Getreideernte. Wird für die Kartoffelernte die Bewertungsregelung nicht rechtzeitig und ausreichend getroffen, dann können auch die besten Regelungen für Getreide völlig über den Haufen geworfen werden. Die grundlegende Regelung hat also schon genaue Zeit vor der Getreideernte zusammen mit der Regelung für Getreide zu erfolgen.

So ist es, auch im Interesse der Getreideverarbeitung, bedauerlich, daß selbst jetzt noch nicht die konkreten Regelungen heraus sind, die in der amtlichen Mitteilung erst angekündigt werden. Dem Vernehmen nach sind allerdings die Regelungen schon seit einiger Zeit fertig. Aber alles steht, solange sie nicht auch in Kraft gesetzt sind. So sehr anerkannt werden müssen, daß nach dem entwickelten Programm die Regierung bestrebt ist, alles Menschenmöglige zu tun, so steht doch diese Veränderung unerlässlich. Die Feststellung, daß angesichts der unzureichenden Zölle eine Einfuhrkontingentierung erforderlich ist, nützt dem Kartoffelbau nichts, solange die Kontingentierung fehlt. Sie hätte entsprechend der Sollgestaltung am 1. September in Kraft treten müssen. Ebenso ist es schwer verständlich, warum die für die Brennerei entscheidende Sitzung des Monopolbeirats erst für Mitte September angelegt ist. Bei der Stärkeindustrie und der Fladenindustrie fehlt noch die Verfügung, die neben der Regelung der Abnahmepreise auch die an den Landwirt zu zahlenden Mindestpreise festlegt. Bedenklich erscheint auch das Ausbleiben der Einzelheiten über die Beteiligung der neuen Mittel zur Förderung der Einsäuerung. Läßt diese Regelung noch länger auf sich warten, dann würde sie eine praktische Wirkung erst für die nächstjährige Ernte haben können. So muss erwartet werden, daß jetzt wenigstens die praktische Durchführung des Programms unverzüglich erfolgt.

Regierungserklärung über den Lautanner Vertrag, sowie eine Ausprache hierüber. Da eine Reichstagsmehrheit die Debatte über diese Dinge wünscht, wird sie für die kommende Woche mit Sicherheit zu erwarten sein.

Graf Zeppelin wieder über Europa.

Friedrichshafen. Wie der Luftschiffbau Friedrichshafen mitteilt, hat das Luftschiff "Graf Zeppelin" heute vor 7.00 Uhr M.G.Z. Gibraltar passiert.

Ablehnende Haltung des "Völkischen Beobachter" zu der Verordnung der Reichsregierung.

München. (Funkspruch.) Der "Völkische Beobachter" kritisiert die neuen Verordnungen der Reichsregierung, denen er sozialreaktionäre Maßnahmen vorwirkt. Das Blatt sagt, der Nationalsozialismus lehne die Verordnungen ab, weil sie die heutige gesetzliche Aufgabe, neue Arbeit zu schaffen und das Arbeitslosenelend zu beseitigen, nicht zu erfüllen vermöchten. Weiter spricht der "Völkische Beobachter" von einem "Anschlag auf das Tarifsystem", mit dessen Durchsetzung nun in weitgehendem Umfang von der Regierung Papen begonnen werde und von einem "Experiment mit den Steuergutscheinen", das in seinen Auswirkungen das Gegenteil dessen erzielen werde, was man beabschließen. Die 1½ Milliarden würden dem Finanzkapital geopfert, und das Arbeits- und Wirtschaftsziel werde nachher schwer sein als vorher. Von einer soliden neuen Arbeitsbeschaffung könne keine Rede sein.

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung.

Berlin. Die Arbeitszeitverkürzung wird in der Notverordnung nur unmittelbar berührt durch die Verordnung, daß Arbeitnehmer Vöhne und Gehälter dann fürken können, wenn sie Neueinstellungen vornehmen. Und zwar ist ein bestimmter Prozentsatz der Abteilungen für bestimmte Neueinstellungen vorgesehen. Die Abteilung darf nur von dem Vöhn der 30. bis 40-Wochenarbeitsstunde erfolgen. Diese Feststellung ist bestimmt wesentlich, weil von der 41. bis 48-Wochenstunde wieder das volle Tariflohn ausgeschlagen werden muss. Es ist nun ausgerechnet, daß Arbeitgeber vorerst einen Antrag leben müssten, von der 48-Stundenwoche auf die 40-Stundenwoche überzugehen. Wehrarbeiter, die sie infolge dieser Verkürzung beschäftigt, bringen ihnen einmal eine Brüder pro Stund von 400 Mark im Jahr, schließlich aber das Recht, die Vöhne in der angesagten Zeit der 30. bis 40. Stunden bis zu 50 Prozent zu kürzen. Siedt einfache Berechnung nach den Arbeitnehmern, der es irgendwie einrichten kann, dann veranlassen, seinen Vorteil wahrzunehmen und sogar eine Kurzarbeit einzuführen. Denn als Neubeschäftigter sollt sogar nach dem bisherigen Plan der Neueinstellung allein nach dem mindestens 12 Monatstage arbeiten. Möglicherweise, daß hier noch eine Veränderung eintrete. Ginkwellen ist dieser Satz festgelegt worden.

Die Stahlhelmsführer beim Kanzler.

Berlin. Der Reichskanzler empfing gestern in Anwesenheit des Reichswehrministers die Bundesführer und andere Mitglieder des Stahlhelms. An den Empfang schloß sich ein Brühstück an.

Die vom Saargebiet zum 18. Reichsfronldatenstag nach Berlin entsandten Mitglieder des Stahlhelms wurden um 16 Uhr in der Reichskanzlei dem Reichskanzler vorstellt.

Nationalsozialisten wollen auf den Katholikentag reden.

Berlin. Der Öffentlichkeit wird jetzt ein Brief wechselt zwischen dem Präsidenten des Deutschen Katholikenbundes und dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher bekannt gegeben, auf dem hervorgeht, daß die Nationalsozialisten, deren Organisation die sogenannte Arbeitsgemeinschaft darstellt, auf ihrem Wunsche bestehen, in Zukunft auf den Katholikentag als Redner zugelassen zu werden. Auf das entsprechende Verlangen, bereits auf dem diesjährigen Katholikentag in Offenbach mit nationalsozialistischen Männern vertreten zu sein, hat der Präsident des Katholikentags, Alois Röhr zu Löwenstein, dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher, Georg Loffau, geantwortet, daß er dem Wunsche der Nationalsozialisten nicht entsprechen könne, da sowohl das Redeprogramm des Katholikentags, wie auch die Versionen der Redner seit Monaten bestimmt seien und da es vollkommen ausgeschlossen sei, noch eine Rede einzuschließen. Es existiert sich aus dem Schreiben des Rücken zu Löwenstein, daß die Nationalsozialisten beantragt hatten, Herrn Dr. v. Schmidt-Pauli über "Nationalsozialismus und Katholizismus" sprechen zu lassen. Rück zu Löwenstein steht in seiner Antwort aus, daß dieses vorgeschlagene Thema in den Rahmen des Redeprogramms nicht fallen würde.

Auf das Schreiben des Rücken zu Löwenstein hat der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher, Georg Loffau, folgende Antwort erbracht: "Euer Durchlaucht. Auch beim diesjährigen Katholikentag haben bekannte Befürworter der Redner seit Monaten bestimmt seien und da es vollkommen ausgeschlossen sei, noch eine Rede einzuschließen. Es existiert sich aus dem Schreiben des Rücken zu Löwenstein, daß die Nationalsozialisten beantragt hatten, Herrn Dr. v. Schmidt-Pauli über "Nationalsozialismus und Katholizismus" sprechen zu lassen. Rück zu Löwenstein steht in seiner Antwort aus, daß dieses vorgeschlagene Thema in den Rahmen des Redeprogramms nicht fallen würde.

Auf das Schreiben des Rücken zu Löwenstein hat der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher, Georg Loffau, folgende Antwort erbracht: "Euer Durchlaucht. Auch beim diesjährigen Katholikentag haben bekannte Befürworter der Redner seit Monaten bestimmt seien und da es vollkommen ausgeschlossen sei, noch eine Rede einzuschließen. Es existiert sich aus dem Schreiben des Rücken zu Löwenstein, daß die Nationalsozialisten beantragt hatten, Herrn Dr. v. Schmidt-Pauli über "Nationalsozialismus und Katholizismus" sprechen zu lassen. Rück zu Löwenstein steht in seiner Antwort aus, daß dieses vorgeschlagene Thema in den Rahmen des Redeprogramms nicht fallen würde.

Krengers Scheingeschäfte.

St. Stockholm. In der Krenger-Urgesellschaft ist jetzt ein neuer Polizeibericht veröffentlicht worden. Der Bericht besteht aus hauptsächlich mit den holländischen Kreuger & Toll und Schilder eingehend die verschiedenen Transaktionen und Buchungsbewerbe, die im allgemeinen sehr verwirkt sind. Die Bücher enthalten viele wahrscheinlich falsche Buchungen und fiktive Guthaben. So ist eine Schulde bei der Deutschen Union-Bank in Berlin in Höhe von 3.790.280,45 holländischen Gulden in den Büchern der Bank vor 31. Dezember 1932 vorhanden. Da eine wirkliche Schulde vorliegt, hat man nicht nachweisen können. Der Berliner Vertreter der englischen Niederlassung Kreuger, Waterhouse & Co. hat festgestellt, daß diese Forderung bei der Bank völlig unbegründet und daß diese Summe in den Büchern der Bank gar nicht gebucht ist. Vor 31. Dezember 1930 ist jedoch das Konto der Deutschen Union-Bank in den Büchern der holländischen Kreuger & Toll durch verschiedene Zahlungen der Bank wieder ausgeglichen. Auch diese Zahlungen sind bei der Deutschen Union-Bank nicht gebucht. Bei Übernahmen, die von der Berliner Polizei im Hause der Deutschen Unionbank am 3. August dieses Jahres vorgenommen wurden, zeigte es sich, daß die holländischen Kreuger & Toll überhaupt kein Konto bei der Deutschen Union-Bank gehabt haben. Die bei der holländischen Kreuger & Toll gebuchte Schulde der Deutschen Union-Bank dürfte also keiner wirklichen Schulde entsprechen. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Ehrung Gustav Adolf.

Vgl. Zum Andenken an den Tag, an dem die Leiche des Schwedenkönigs Gustav Adolf bei ihrer Überführung nach Schweden in der Stadtkirche zu Wittenberg aufgeboten war, soll in der Kirche, und zwar an der Stelle, wo die Vater stand, ein Gedenkstein errichtet werden. An die betreffende Steinplatte soll ein Messingring eingeschlagen und daneben die Jahreszahl 1632 und die Inschrift "Gustav Adolf" angebracht werden. Die Arbeiten sind bereits in Angriff genommen.

Kraftwagenunfall.

Köhlerfeld (Saar). Ein Kraftwagen mit drei Insassen, die an einem hier veranstalteten Fußballspiel teilgenommen hatten, geriet auf der Fahrt in der Nähe von Neunkirchen infolge eines Reihenschadens ins Gleis und stürzte um, wobei er die Fahrtteilnehmer unter sich begrub. Einer von ihnen war sofort tot. Der Führer erlitt schwere Kopfverletzungen, während der dritte Insasse einen Oberarmbruch davontrug. Die beiden Verletzten wurden ins Neunkirchener Krankenhaus gebracht.

Belagerungsstand in Quito.

Insgesamt 800 Todesopfer.

* **Guayaquil** (Ecuador). In Quito ist der Belagerungsstand erklärt worden. Die Regierung kündigt die Belagerung aller in den Händen von Guerillisten befindlichen Waffen an. Die Zahl der Todesopfer während des 7-tägigen Aufwurdes wird nunmehr mit 800 angegeben.

200 Todesopfer der amerikanischen Labor-Day-Zeier.

New York. Die Feier des amerikanischen Labor Day hat eine Reihe von Opfern gefordert. Bei den an diesem Tage üblichen Ausflügen sind nach den bis Mittwoch nach vorliegenden Meldungen 200 Personen ums Leben gekommen. Die Todesfälle sind in erster Linie auf Kraftwagenunfälle zurückzuführen. Viele Menschen sind auch beim Baden ertrunken. Die große Hitze hat gleichfalls viele Erkrankungen verursacht. Bei einer Parade der Feuerwehrmänner sind allein in Washington 250 Personen infolge der Hitze ohnmächtig geworden.

Zehn Funkspruch-Meldungen und Telegramme

vom 6. September 1932

Bisherig keine neuen Verhandlungen Zentrum-Nationalsozialisten in Preußen.

Berlin. (Funkspruch.) Die Mitteilung eines Berliner Mittagsblattes, der Geschäftsführer der preußischen Zentrumstraktion, Abg. Dr. Glash, bei nach Berlin zurückgekehrt, um heute die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten in Preußen wieder aufzunehmen, ist, wie wir von Zentrumseite hören, unzureichend. Abgesehen davon, daß derstellvertretende Fraktionsvorsitzende, Abg. Stenzel, der zur Zeit allerdings in Berlin weilt, zum Verhandlungsführer von der Fraktion bestimmt ist, sind im Augenblick keine neuen Besprechungen in Aussicht genommen. Man dürfte auch in Preußen zunächst einmal den Fortgang der Besprechungen im Reich abwarten, bevor hier neue Verhandlungen mit den Nationalsozialisten stattfinden.

Besprechungen im Reichstag.

Berlin. (Funkspruch.) Im Reichstag wurden, wie das Nachrichtenbüro des V.D.P. hört, heute Dienstag nachmittag die Besprechungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum wieder aufgenommen. Reichstagspräsident Göring empfing nacheinander den früheren Reichskanzler Dr. Brüning und den Reichstagsabg. Dr. Bell (Zentrum).

Kommunisten fordern Aushebung der neuen Notverordnung.

Berlin. (Funkspruch.) Die kommunistische Fraktion hat im Reichstag zwei Anträge eingebracht, in denen die sofortige Aufhebung der Verordnungen des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 und der Verordnung der Reichsregierung zur Verbesserung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 fordert.

Besuch des südafrikanischen Industrieministers in Berlin.

Berlin. (Funkspruch.) Der südafrikanische Bergbau- und Industrieminister Fourie wird auf der Rückreise von der Konferenz von Ottawa morgen in Berlin zu einem kurzen Besuch eintreffen. Minister Fourie ist von seiner Gattin und seiner Tochter begleitet. Mit ihm gemeinsam wird der Unterstaatssekretär im südafrikanischen Landwirtschaftsministerium, Viljoen, Berlin besuchen.

Englische Militärlagengege über Sylt.

Berlin. (Funkspruch.) Von zuständiger Stelle wird die Richtigkeit einzelner Berichten bestätigt, daß gestern mittags britische Militärlagengege die Insel Sylt überwlogen haben. Nach einem Bericht des Überwachungsbüros in Kiel haben, wie die Politikflügelwache ihr meldet, gestern nachmittag um 18.15 Uhr drei britische Militärdoppeldecker, deren Höhenzeichen deutlich erkannt wurden, das Festungsgelände von Sylt überwlogen.

Buchthausurteil gegen einen Reichsbahnassistenten.

London. (Funkspruch.) Das Aeronaut. Gericht verurteilte heute den Reichsbahnassistenten Ferdinand Walter zu einer Buchthausstrafe von einem Jahr und einem Monat sowie zu einer Geldstrafe von 50 R.R. Walter, der bei der Güterabfertigung des Bahnhofs Elberfeld tätig gewesen war, hatte dort im Jahre 1931 und Anfang 1932 bei Sendungen eines Margarinewerkes höhere Bruttodebitage eingezogen, als nach dem Güterbeförderungstarif zu zahlen waren. Die über den Tarif hinausgehenden Beträge — 821.80 R.R. — hat er für sich verbraucht.

Handel und Börsenwirtschaft.

Dresdner Börse vom 5. September. Die neue Woche eröffnete in Hausschwemmung. Das Geschäft, vor allem in Renten, war sehr leicht. Rosinen, Rosinen und Berliner Kindl gewannen je 10 Prozent. Sachsenboden 9, Thode Papier 7, Radeberger Exportpapier, Waldbüchsen, Industriewerts Blauen, Vereinigte Jäger, Zwickauer Kammgarn je 5 Prozent höher. Auch sonst kam es an allen Märkten zu Kurssteigerungen von durchschnittlich 3 bis 4 Prozent. Eine Ausnahme machten Polysphon, die 1,5 Prozent nachgaben; auch Dr. Karp-Aktionen lagen einige Prozent schwächer. Stadionleihen bis 4 Prozent höher, Reichsanleihen gewannen bis 3 Prozent, Pfandbriefe vereinzelt 3 bis 4 Prozent höher.

Delphinger Börse vom 5. September. Die erste Aufwärtsbewegung fiel auch zum Wochendeginn an. Einzelne Papiere münchten, nachdem sie 2 bis 5 Prozent höher geführt wurden, gestrichen werden. Concordia-Spinneret gewann 7,5, Thüringer Wolle 4,75, Riquet 2, Steinzeug Golditz und Thüringer Gas je 2,5 Prozent. Sehr groß waren auch die Umsätze am Anlagemarkt, wo Pfandbriefe und Stadionleihen begehrte waren und bis zu 4 Prozent höher lagen. Dresdner Stadionleihen 6 Prozent höher vergleichbar geführt.

Berliner Börse herrscht eine Dauerhaufe. Auch gestern liegen unerwartet Aktien und Renten. Obligationen liegen bis zu 2 Prozent.

Produktions-Börse zu Dresden.

Umfällige Notierungen.

5. September 1932, nachmittags 15.30 Uhr. Wetter: schön. Börsezeit: Montag und Freitag nachm. von 14 bis 16.30 Uhr

	2. Sept.	5. Sept.
Weizen, Natural-Gew., 76 kg bo. neuer	—	—
bo. neuer läßt.	211—216	213—218
Roggen, Natural-Gew., 74 kg bo. neuer läßt.	—	—
Butterkerne, läßt.	161—168	163—168
Sommergerste, läßt.	180—170	162—172
Wintergerste, neu	180—195	180—196
Hafer, inländ. alt.	158—164	158—166
bo. neu	—	—
Naps, trocken	140—147	140—147
Watz, mit 25 Mt. Ball Lapata	—	—
Watz, mit 2,50 Ball Cinquant	—	—
Wizen, Saatware	—	—
Upinen, Saatware blaue	—	—
gelbe	—	—
Velutinen	—	—
Erben, kleine	—	—
Waltershäfer	—	—
Rottke, Siebenbürgener böhmischer	—	—
Trockenmehl	9,50—9,70	9,30—9,50
Steckendinkel 25%	—	—
Buttermehl 6%	—	—
Kartoffelsoden	—	—
Buttermehl	12,50—13,50	12,50—13,50
Weizenkleie	9,50—9,80	9,50—9,80
Rogenkleie	9,80—10,80	9,80—10,80
Käfer-Augsburg	39,00—41,00	39,00—41,00
Hafermehl	34,00—36,00	34,00—36,00
Landweizenmehl Muszug	37,75—39,75	37,25—39,25
Grieselermehl	24,00—25,50	24,00—25,50
Weizengemehl	21,50—22,50	21,00—22,50
Rogenmehl 60%	26,50—27,50	26,50—27,50
Rogenmehl 70%	—	—
Rogenmehl 80%	—	—

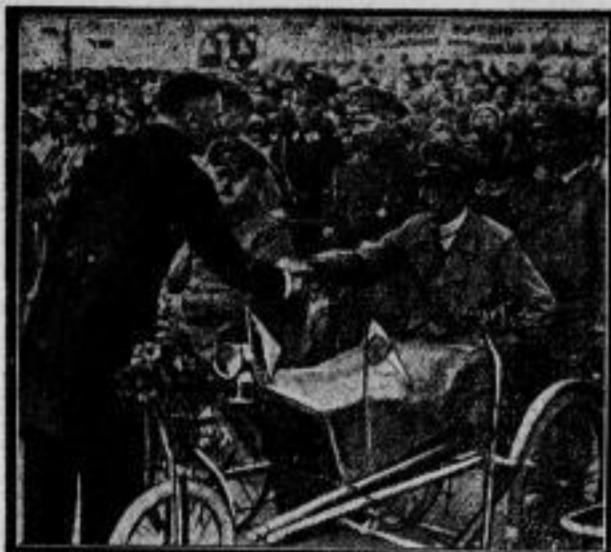
Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Getreide und Getreidearten pro 1000 kg, kommt pro 100 kg im Reichsmark

	5. September	6. September
Weizen, mährischer, ver September	210,00—212,00	211,00—213,00
ver Oktober	—	222,50
ver November	225,00—224,50	225,50
ver Dezember	225,75—225,00	226,00—226,50
ver März	228,25—225,00	232,00—232,75
	Tendenz:	ruhig
Rogen, mähr		

Blüml vom Tag in Bild und Wort.

Interessante Kleinigkeiten vom Reichsfrontsoldatentag.



Der Reichskanzler begrüßt Schwerkriegsbeschädigte. Reichskanzler von Papen, der als Ehrengäste auf dem Reichsfrontsoldatentag weiste, im Gespräch mit schwerkriegsbeschädigten Stahlhelmsameraden.



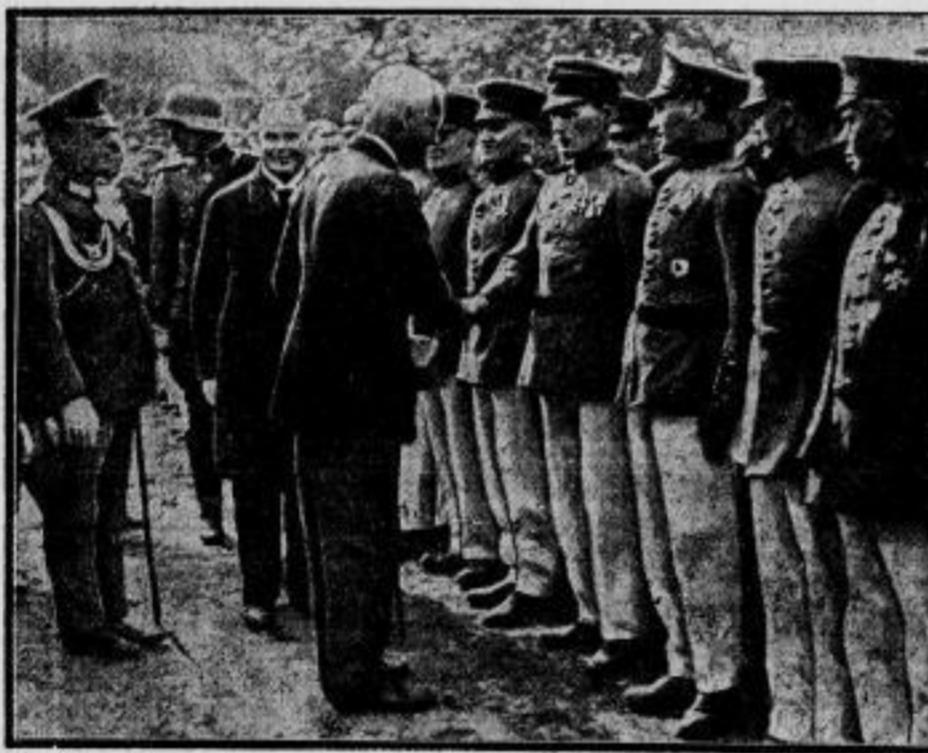
Ehrengäste des Stahlhelmtages. Unter den vielen Ehrengästen des Reichsfrontsoldatentags befanden sich auch (von links) der Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht (mit Glöckle), Reichskanzler von Papen und Reichswehrminister von Schleicher (zweiter von rechts).



Mackensen war auch dabei! Generalfeldmarschall von Mackensen, der alte Hundegegen, ließ es sich nicht nehmen, zum Reichsfrontsoldatentag zu erscheinen und die Front der Fahnenkompanie abzuschreiten.



Eine neue Büste des Reichspräsidenten wird gegenwärtig auf der jetzt eröffneten Großen Berliner Kunstaustellung gezeigt. Die Plastik ist aus Granit geschaffen und stammt von dem Bildhauer August Kädes.



Kronprinz Rupprecht von Bayern begrüßt Kriegsinvaliden.

Bei der Festfeier anlässlich des 100. Jahrestages der Grundsteinlegung des Nationaldenkmals in Oberwittelsbach begrüßte Kronprinz Rupprecht von Bayern Kriegsinvaliden, die auch zu dieser Festveranstaltung gekommen waren.



Die Bundesleitung des Stahlhelm hatte ihren Platz auf einer hohen Kanzel eingenommen. Von hier aus sprachen die Bundesführer Seldte (im Vordergrund) und Duesterberg (hinter ihm) zu den Massen.

„Prinzessin Lumpi“

Roman von Erich Ebenstein.

14. Fortsetzung

Nachdruck verboten

„Ich glaube gar, das Biest will mir zu verstehen geben, daß es mich nicht mag! Uebertigens gegenseitig! Wie magst du ihn nur so zärteln, Anneliese? Aber ich habe schon vorhin bemerkt, daß du den Hund unverhüntig verzogen hast, so daß er sich nun alles erlauben zu dürfen glaubt!“

Anneliese küßte den Hund und drückte ihn noch zärtlicher an sich.

„Er ist so gut und klug! Seine Großmutter, die auch Lumpi hieß, hat mit einmal das Leben gerettet, als ich noch ganz klein war...“

„Wie war das?“

„Ich hatte gerade zu laufen begonnen und meine Wärterin, die mit mir und Lumpi im Park in der Nähe des Weihers saß, wurde abgerissen. Dies benutzte ich, um auf die glänzende Wasserfläche, die mir schon immer gefallen hatte, zugulaufen. Ganz gewiß wäre ich auch hineingeglumpst, wenn mich Lumpi nicht hart am Ufer beim Kleidungsstück erfaßt und mit all seiner Kraft zurückgezogen hätte. Im selben Augenblick kam die Wärterin zurück. Lumpi lebte danach noch fünf Jahre und hinterließ zwei Kinder: Wolf, den Hund, und eine Hündin, die wir natürlich Lumpi nach der Mutter nannten. Ihre einziges Kind ist hier meine Lumpi. Ich habe sie so genannt, weil ich der kleinen Patin war. Ich habe sie auch ganz allein aufgezogen und wir sind so unzertrennlich, daß mein armer, guter Vater mich immer „Prinzesschen Lumpi“ nannte, weil er behauptete: „Du und die Hündin, ihr habt im Wesen so von einander angezogen, daß man euch gar nicht mehr auseinander halten kann!“

Sabine hielt es für klüger, ihre Meinung über diesen Punkt zu verschweigen, darum sagte sie nur: „Um wieder auf unser früheres Thema zu kommen, liebe Anneliese, möchte ich dich bitten, noch einmal reiflich zu überlegen, ob

es nicht doch klüger und praktischer wäre, wenn du mit uns nach Graz kämtest?“

„Nein, um keinen Preis! Wir haben es doch schon beschlossen, daß ich hier bleibe und wenn du erlaubst, so schicke ich jetzt gleich den Wagen nach dem „Weißen Schwan“, um deinen Sohn und euer Gespräch zu holen. Vielleicht schreibst du inzwischen ein paar ausfliegende Zeilen an Viktor, die der Kutscher mitnehmen kann!“

Damit verließ sie — von Lumpi gefolgt — das Zimmer, um das Nötige für die Überstellung ihrer Verwandten nach Haus Heidenried zu veranlassen.

Da sie sich indessen bisher nie um den Gang des Hauses bewußt gemacht hatte, besaß sie keine rechte Vorstellung davon, was zu geschehen hatte und begnügte sich daher, Frau Baumann zu erklären: „Liebe Baumann, wir bekommen heute noch Zugbegäste, meine Tante und ihren Sohn! Bitte, richte alles darauf ein.“

Dann ging sie in die Aufscherwohnung und befahl Konrad, dem Kutscher, sofort einzuspannen.

„Meine Tante wird Ihnen einen Brief an ihren Sohn mitgeben. Den übergeben Sie Herrn Engelmann im „Weißen Schwan“ und fomen dann seinen Anordnungen nach. Herr Engelmann ist mein Vetter, müssen Sie wissen, Konrad!“ fügte sie noch wichtig hinzu.

Dann begab sie sich mit Lumpi nach dem Kindenhäuschen ganz rückwärts im Park, wohin sie sich immer geflüchtet hatte, wenn etwas sie bedrückte oder sie über etwas nachdenken wollte.

Und mit jedem Schritt wurde ihr Herz schwerer. Nie war ihr der Park so öde und traurig erschienen wie heute, wo seine Wege mit dünnen Blättern überzogen waren und der Wind in den dämmerumwobenen Baumkronen rauschte. Wie Klagedeber klang es...

Anneliese nahm die Hündin auf und drückte den schwieligen Kopf in Lumpis schneeweisem Fell, während unaufhörlich Tränen ihren Augen entströmten. Und wie sie gewöhnt war, alles mit ihrem Liebling zu besprechen, flüsterte sie leise klagend: „Spürst du es, wie allein wir jetzt

sind? Da ist fort und nie wieder werden wir seine liebste Stimme hören... nie wieder in seine guten, fröhlichen Augen blicken!“

Das „nie wieder“, das ihr erst jetzt so recht zum Bewußtsein kam, entfesselte einen stürmischen Verzweiflungsausbruch, so daß sie laut aufschrie und vom Schluchzen geschüttelt wurde. Und Lumpi, verständnisvoll wie immer, heulte klappend mit.

So gaben sich beide eine Weile völlig dem Schmerz hin.

Aber Tränen erleichtern und Anneliese mit ihren sechzehn Jahren und ihrem sonnigen Wesen war noch viel zu sehr Kind, um auch diesem ersten wirklichen Schmerz ihres jungen Lebens davonzugehen.

Die stürmisch fließenden Tränen versiegten endlich und andere Gedanken slogen heran.

„Nein, sie war doch nicht ganz allein und verlassen! Die gute Sabine blieb bei ihr und dazu kam der neue Vetter!“

Anneliese konnte sich keine Vorstellung von ihm machen. Im Gleinautal gab es keine jungen Männer, weil das Hammerwerk und Haus Heidenried allen verfügbaren Platz einnahmen — außer dem Markt Gleinau, der eher ein Dorf genannt zu werden verdiente.

Gutseits gab es nicht bis ins Mützatal hinaus, weil das gebirgige Gelände keine Ansiedlungen gestattete. So hatten auf Heidenried immer nur die Freunde des Hauses hier und ab zu einem Geschäftsfreund Solderns — lauter ältere Herren — verkehrt und Anneliese hatte nie Gelegenheit gehabt, mit jungen Leuten zusammenzutreffen.

Ein Stück hinter Heidenried hatte es allerdings vor Zeiten noch eine Ansiedlung gegeben, Schloss Fichtenberg, das einer Familie Rodenstein gehörte und malerisch am Berghang lag.

Es sollte einst eine Raubritterburg gewesen sein, ehe es Rodensteinischer Besitz wurde, was ungefähr zur gleichen Zeit stattfand, als der erste Soldner seinen kleinen Hammer gründete. Und damals sollte auch ein lebhafter Verkehr zwischen Heidenried und Fichtenberg gewesen sein.

Vermischtes.

Aufklärung zahlreicher Berliner Autodiebstähle durch die Polizei in Halle. Der Halleischen Kriminalpolizei ist es gelungen, zahlreiche Autodiebstähle, bei denen Kraftwagen in Berlin gestohlen und nach Halle verfrachtet worden waren, aufzuklären. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um eine geschäftsmäßig organisierte Diebes- und Dieblerbande. In der Nacht zum Sonnabend gelang es den in Berlin anwesenden Halleischen Kriminalbeamten, zwei Haupttäter, zwei Berliner, in dem Viertel am Bahnhof Bahnhof, gerade, als sie dabei waren, einen gestohlenen Wagen zu verkaufen, festzunehmen. Da sie als Diebler für die in Halle und Umgebung verkaufte Wagen in Frage kommen, wurden sie nach Halle geschafft. Mit Rücksicht darauf, daß zum Beispiel 1931 in Berlin 2500 Wagen gestohlen wurden, und die Gefahr besteht, daß die Stolzonen ihr Tätigkeitsgebiet auch in die Provinz verlegen, wird energisch durchgegriffen werden. Eine größere Anzahl von Wagen im Werte von 38000 Mark konnte Ende voriger Woche bereits in Halle und Umgebung sichergestellt werden.

Watrose auf hoher See gerettet. Bei Sleterhage wurde, wie aus Riel berichtet wird, in einer der letzten Nächte von einem Dampfer ein treibendes Boot gesichtet, in dem sich ein Mann befand, der durch Aufheben der Arme um Hilfe bat. Ein Rettungsboot des Dampfers konnte den Watroten zwar an Bord nehmen, aber das Rettungsboot konnte nicht von dem Dampfer aufgenommen werden, da dieser wegen Strandungsgefahr nicht stilllegen konnte. Auch ein zweites ausgesetztes Rettungsboot mußte seinem Schicksal überlassen werden. Beide Rettungsboote wurden später von einem Fischerfahrzeug geborgen und die Verfugung, die sich wohl befindet, an Land gelegt. Bei dem Geretteten handelt es sich um einen Watroten vom Motorfischer "Dagmar". Er hatte sich in die Schiffssölle begeben, um sie leer zu schöpfen. Das die Jolle halbende Tau zerriss aber bei dieser Arbeit und die Jolle trieb ab. In der hohen See schlug sie bald voll Wasser. Der Watrose war nach zehnstündigem Umkämpfen in Regen und Sturm bei seiner Rettung so stark mitgenommen, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Wahläuschung aufgedeckt. Ein Landmann, der als Beiliger im Wahlstand eines idyllisch-holsteinischen Ortes lag, hat es fertiggebracht, zwei Stimmzettel für ein Ehepaar, das nicht zur letzten Reichstagswahl kommen konnte, in die Wahlurne zu schwängeln. Gegen ihn ist jetzt Anklage wegen Wahlfälschung erhoben worden.

Lodivizel-Schinken. Ein Prozeß, der am Montag vor der Strafammer des Berliner Landgerichts verhandelt wurde, hat — reichlich spät — das Dunkel gelichtet, das über den sogenannten „Hungertreiberten“ vom Herbst 1931 lag. Damals wurden mehrere Lebensmittelgeschäfte im Berliner Norden von Arbeitslosen geplündert, aber die Täter blieben immer unentdeckt. — Bis sich vor einigen Wochen der Kohlenarbeiter Wilhelm Biegenhagen auf der Polizei mit der Selbstanzeige einließ, er habe am 29. Oktober 1931 an der Plünderung eines Lebensmittelgeschäfts in der Beukenstraße teilgenommen. Die Plünderer seien Mitglieder des Antifaschistischen Kampfbundes gewesen, der Minister und Führer der frühere Kriegswehrangehörige, ehemalige Krankenpfleger Sobol. Sobol habe, dem von ihm entwidmeten Plan gemäß, in dem Geschäft einen Pfund Wurst bestellt und die Wurst in Scheiben schneiden lassen. Während die Verkäuferin mit dem Ausscheiden beschäftigt war, sei die draußen wartende Menge in den Laden gedrungen und habe geplündert. Das wertvolle Beutestück war ein großer Schinken im Werte von 25 Mark. Am Montag bestätigten die Angeklagten Sobol und Biegenhagen im wesentlichen diese Darstellung. Biegenhagen gab fest auch den Grund für seine Anzeige an. Er habe seine eigene Freiheit aufs Spiel gesetzt, um sich an Sobol zu rächen, der inzwischen von den Antifaschisten zu den Gegnern, zu Nationalsozialistischen Partei, übergegangen ist. Biegenhagen behauptet, Sobol habe schon im Oktober im Antifaschisten-Bund als Lodivizel im Dienste der Nationalsozialisten gewirkt und darum die Antifaschisten zu strafbaren Handlungen verleitet. — Sobol wußt die Befehlduldung zurück, daß er Lodivizel gewesen sei. Er habe allerdings schon im Oktober als Mitglied des Antifaschisten-Bundes mit den Nationalsozialisten sympathisiert, zu denen er jetzt übergetreten sei. Das sei aber darauf zurückzuführen, daß er bis 1929 der Reichswehr angehört und in parteipolitischen Dingen ganz unerfahren gewesen sei. Er habe die Faschisten und Antifaschisten gar nicht richtig auseinanderhalten können und wisse erst jetzt, in welches Lager er eigentlich gehöre. — Das Gericht verurteilte wegen Landfriedensbruchs Biegenhagen zu acht, Sobol zu vier Monaten Gefängnis.

Vom Munitionsdepot zum Kindererholungsheim. Die Entfestigung der Mainzer Zone hat eine Unzahl militärischer Untlagen und Gebäude ihrer

1.ziehung 5. Klasse 201. Sächs. Landeslotterie

Ziehung am 5. September 1932.

(Ohne Gewinn.) Alle Nummern, hinter welchen keine Gewinnbezeichnung steht, sind mit 300 Wert gekennzeichnet.

50000 auf Nr. 159168 bei Ha. C. Louis Zaeuber, Leipzig.
10000 auf Nr. 17801 bei Ha. Erich Werner, Blaustein.
10000 auf Nr. 28674 bei Ha. Bernhard Jacob, Weissenburg und bei Ha. Siegfried Jacob, Dresden.
10000 auf Nr. 154708 bei Ha. Louis Uhlig Rothe, Jena, Kurort Weiß, Thüringen.

5000 auf Nr. 15902 bei Ha. Wilhelm Reiter, Leipzig.
5000 auf Nr. 159039 bei Ha. Eduard Renz, Dresden.
5000 auf Nr. 159040 bei Ha. August Renz, Dresden.

60654 776 570 153 748 340 551 871 506 617 985 514 608 601
116 184 1500 911 (500) 751 (1000) 381 (500) 605 257 556 155
151 193 780 227 (3000) 559 559 (500) 5625 413 755 990 (500) 551
979 197 780 753 753 (500) 606 4655 623 (1000) 597 018
407 707 855 5807 (500) 521 249 (3000) 343 618 981 087 122 (300)
425 203 521 291 597 455 760 833 426 945 428 623 775 742
(2000) 778 642 278 572 178 777 1500 192 421 291 273 (500) 017
(1000) 716 718 827 885 (1000) 902 622 437 (500) 606 212 554 569
416 8880 (2000) 555 (500) 308 594 495 (1000) 602 651 519 070
522 718 707 748 574 883 (1000) 801 609 708 876 (1000) 180 840 711 130 149 108
522 10934 848 031 302 650 704 328 652 (1000) 882 880 918
11889 9 107 748 574 882 (1000) 879 894 821 821 234 631
846 211 414 229 250 190 416 (3000) 812 745 944 855 689 465
13392 551 (500) 449 466 749 261 820 (500) 16193
090 176 126 216 230 557 623 887 (1000) 076 759

55743 1000 560 181 037 997 768 609 478 251 820 (500) 16163
288 202 60001 737 310 620 188 521 17161 745 1500 776 979 931
(1000) 433 125 213 620 654 409 (1000) 585 585 (500) 582 487 077 (1000) 501
(1500) 879 (500) 582 558 18104 555 889 (1000) 837 472 053 633
(300) 812 987 591 400 18105 555 889 (1000) 837 472 053 633
290 271 226 230 330 754 749 997 20711 017 773 321 078 573
311 417 104 887 402 501 641 802 (3000) 150 827 449 102 502
(2000) 272 972 (2000) 691 (500) 350 26117 480 749 439 646 236
424 921 719 767 230 229 241 984 535 974 449 618 247 155 814
24378 091 469 758 549 807 (500) 656 684 900 752 377 605 641 711
709 976 120 658 390 616 623 25033 511 542 (2000) 766 267 (1000)
762 718 610 26745 (1000) 223 639 812 769 052 549 234 090 27647
262 718 610 045 (1000) 719 327 789 509 166 132 743 468 243 194
439 28601 074 (10000) 987 310 798 293 606 650 (1000) 246 399
503 087 394 598 011 540 747 621 322 044 751 098 087 366 390
(1000) 495 898 512

307078 052 710 055 885 094 327 81736 483 849 595 258 091
755 287 094 107 634 660 197 137 328264 940 467 155 190 379 306
673 1900 296 618 (1000) 614 757 851 82875 607 347 842 543 492
182 521 622 231 809 150 (500) 34363 327 738 755 4500 770 319
(1000) 107 932 (2000) 35328 235 309 768 224 936 658 469 528
659 (500) 657 787 (300) 333 880 36774 112 708 519 173 499 197
987 28432 000 259 727 37343 386 578 080 001 691 724
227 91132 650 171 800 350 202 440 746 310 978 424 039 40208
602 725 216 000 171 800 350 202 440 746 310 978 424 039 40208
(300) 632 229 313 715 136 787 179 619 204 42541 689 977 460
(300) 602 646 105 (300) 007 200 47 147 133 651 43778
42437 139 837 (500) 135 261 856 022 555 822 (500) 332 784
449 48452 854 818 708 208 258 053

45589 107 543 729 887 600 459 817 882 889 754 275 233 497
47228 006 126 400 749 831 009 614 944 828 555 828 821 450 221 461 1000
(1000) 222 514 843 058 48563 054 928 565 (500) 112 174 211 311
402 463 951 375 047 949 759 228 833 (2000) 251 422 929 (500)
487 165 00553 375 047 949 759 228 833 (2000) 251 422 929 (500)
090 2000 726 128 (2000) 002 948 (1000) 413 579 510 282 836 (1000)
699 1000 618 107 (500) 405 906 398 558 601 (1000) 556 311 397
990 704 026 52543 363 415 474 (500) 740 (1000) 270 (500) 187
298 340 600 889 657 656 204 53263 (500) 623 271 056 722 608
372 770 394 297 782 100 54717 782 978 231 191 342 740 981
55676 216 (1000) 311 281 (500) 318 436 257 555 232 (500) 795
069 000 579 227 000 579 227 000 579 227 000 579 227 000 579
500 423 228 816 37167 188 (500) 826 651 493 757 366 (500) 612
712 774 903 721 361 (500) 826 651 493 757 366 (500) 612
334 721 594 616 415 964 088 (2000) 020 281 274 859 847 884 778
448 526 (500)

60011 120 388 687 020 658 932 968 61903 353 576 380 (500)
557 626 451 976 353 626 650 605 611 815 357 292
240 651 229 200 944 635165 893 266 730 (2000) 324 625 235 298
875 998 126 400 749 831 009 614 944 828 555 828 821 450 221
10000 579 227 000 579 227 000 579 227 000 579 227 000 579
651 996 348 149 551 010 549 759 052 570 759 057 067 583
773 066 115 268 588 (500) 516 605 (500) 537 606 123 621 606 011
041 678 107 837 714 69192 655 763 967 619 442 655 049 646
599 600 599 622 692 655 600 992 130 737 931 (2000) 351
557 7000 28972 654 004 742 (1000) 656 874 100 324 679 748 749
522 504 552 092 541 188 7501 683 945 798 748 749 504 082 649
049 758 106 149 551 010 549 742 404 147 72326 295 756 138
(1000) 963 732 (2000) 583 197 347 (2000) 824 079 738 956 406
039 067 500 992 544 750 180 589 426 450 885 (500) 292 020
74245 (500) 425 126 074 (1000) 789 198 621 543 862 627 (3000)
613 153 871 585

60011 120 388 687 020 658 932 968 61903 353 576 380 (500)
557 626 451 976 353 626 650 605 611 815 357 292
240 651 229 200 944 635165 893 266 730 (2000) 324 625 235 298
875 998 126 400 749 831 009 614 944 828 555 828 821 450 221
10000 579 227 000 579 227 000 579 227 000 579 227 000 579
651 996 348 149 551 010 549 759 052 570 759 057 067 583
773 066 115 268 588 (500) 516 605 (500) 537 606 123 621 606 011
041 678 107 837 714 69192 655 763 967 619 442 655 049 646
599 600 599 622 692 655 600 992 130 737 931 (2000) 351
557 7000 28972 654 004 742 (1000) 656 874 100 324 679 748 749
522 504 552 092 541 188 7501 683 945 798 748 749 504 082 649
049 758 106 149 551 010 549 742 404 147 72326 295 756 138
(1000) 963 732 (2000) 583 197 347 (2000) 824 079 738 956 406
039 067 500 992 544 750 180 589 426 450 885 (500) 292 020
74245 (500) 425 126 074 (1000) 789 198 621 543 862 627 (3000)
613 153 871 585

60011 120 388 687 020 658 932 968 61903 353 576 380 (500)
557 626 451 976 353 626 650 605 611 815 357 292
240 651 229 200 944 635165 893 266 730 (2000) 324 625 235 298
875 998 126 400 749 831 009 614 944 828 555 828 821 450 221
10000